

LANDTAGS NACHRICHTEN

26. September
7 / 2012
www.landtag-mv.de



+++ Debatte über aktuelle Situation der P+S Werften Stralsund und Wolgast +++ Ambulante und häusliche Pflege +++
Volksinitiative Gerichtsstruktur-Reform +++ Pro & Kontra LKW-Maut auf allen Straßen +++ Umweltpreis
des Landtages +++ Schweriner Schlossgespräch „Ich lebe. Das ist mein Sieg“ +++ Jugend im Landtag +++



3	GASTKOLUMNE	„Dauerbrenner Werftenkrise“ Kommentar von Claus Tantzen (NDR) zur Insolvenz der P+S Werften in Stralsund und Wolgast
4 – 21	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Gute Pflege, gute Löhne – Reformstau endlich auflösen“
6 – 7	BERICHTE	Debatte zur aktuellen Situation der P+S Werften in Stralsund und Wolgast
8		Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen
9		Volksinitiative „Für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur in M-V“
10		Vergütung der häuslichen Krankenpflege
11	PRO & KONTRA	LKW-Maut auf allen Straßen?
12	WEITERE BESCHLÜSSE	Volksinitiative Mindestlohn, Änderung Verfassungsschutzgesetz, Ambulante Intensivpflege, Bundestag ab 16 wählen?, Kernfusionsexperiment Wendelstein 7-X, Heimische Eiweißpflanzen statt Soja
13 – 21	ORIGINAL-DEBATTE	Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „20 Jahre ausländerfeindliche Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen – Mahnung und Verpflichtung. Für eine lebendige Demokratie gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt!“
22 – 23	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Innenausschuss: Besuch des Polizeipräsidiums Neubrandenburg Europa- und Rechtsausschuss: Anhörung zur Neuausrichtung der internationalen Aktivitäten der Landesregierung Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg Umweltpreis 2012/2013 des Landtages
24 – 26	PANORAMA	„Ich lebe. Das ist mein Sieg.“ Schweriner Schlossgespräch mit der Holocaust-Überlebenden Batsheva Dagan Jugendprojekttag „Alles egal – oder hast du die Wahl?“ Jugend im Landtag 2012
27	SCHLOSSGESCHICHTEN	Zeitenwandel – Die Offak und Graf Zeppelin Titelfoto (Uwe Sinnecker) Schloss Schwerin, Westseite

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Dauerbrenner Werftenkrise

Die Pleite der P+S Werften ist ein schwerer Schlag für das Land Mecklenburg-Vorpommern. So drückte es Ministerpräsident Erwin Sellering in seiner Erklärung zur Werftenlage aus.

Aber – ist das so? Schmerzlich ganz sicher für die 1.800 Werftler, die nicht wissen, was aus ihnen werden wird. Doch aus dem Wirtschaftsbericht, den Minister Harry Glawe einen Tag zuvor vorgelegt hatte, geht hervor, dass der Schiffbau für gerade mal 4,3 Prozent der Industrieumsätze im Land verantwortlich ist. Schaut man über den Tellerrand hinaus, wird die Lage noch deutlicher: Nur ein Prozent beträgt der Anteil Deutschlands am weltweiten Schiffbau. 67 in Deutschland registrierte Werftbetriebe erwirtschafteten im vergangenen Jahr rund 4,6 Mrd. Euro. Das sind 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Landesregierung habe alles getan, was rechtlich möglich und wirtschaftlich vertretbar war, um die Werften und ihre Belegschaften zu unterstützen, so der Ministerpräsident weiter. Aber was ist angesichts dieser Zahlen wirtschaftlich vertretbar?

Die Geschichte der Werften im Land ist seit der Wende eine Geschichte der Pleiten. Immer wieder hat die öffentliche Hand mit Milliarden D-Mark und später Euro versucht, dieser Geschichte eine positive Wendung zu geben. Von den rund 60.000 Arbeitsplätzen Anfang der 90er Jahre auf deutschen Werften sind nicht einmal mehr 20.000 übrig. Doch fast überall wurden die Verluste durch andere Wirtschaftszweige kompensiert. Das gilt auch für die 2.300 Jobs, die in Wismar und Warnemünde durch die Pleite der Wadan Werften verloren gegangen sind.

Während der Krise der Wadan-Werften in Wismar und Rostock Warnemünde sagte Ministerpräsident Sellering, „Schiffe sind unsere Autos“ und verglich damit die Situation bei Opel mit der der Schiffbauer. Liegt nicht der Vergleich mit dem Steinkohlebergbau viel näher? Hochsubventioniert und unwirtschaftlich. Die in Deutschland benötigte Steinkohle kommt heute vor allem aus Australien. Mit bis zu 270 Millionen Euro an Krediten und Bürgschaften hat sich Mecklenburg-Vorpommern allein an die P+S Werften geschweißt. Dabei ist seit Jahren klar, dass es kaum einen fairen Wettbewerb mit südkoreanischen oder chinesischen Schiffbaubetrieben geben wird. Der Konkurrenzdruck wird eher noch wachsen. Denn auch in Südostasien kann man inzwischen Spezialschiffe bauen. Und zwar zu Preisen, die



Foto: privat

Claus Tantzen (49) arbeitet seit November 2007 in der TV-Redaktion „Politik und Recherche“ sowie der aktuell-Redaktion von NDR 1 Radio MV im NDR Landesfunkhaus in Schwerin.

bis zu 40 Prozent unter denen deutscher Hersteller liegen. Das angebliche Allheilmittel für die notleidenden Werften in Deutschland wirkt leider keine Wunder. Fachleute rechnen schon länger vor, dass sich nach den Boom-Jahren die Lage auf den Werften sogar noch verschärfen wird. Dann werden sich die nicht ausgelasteten Werften in Südostasien um jeden noch so kleinen Auftrag bewerben. In Europa werden dem nur extrem flexible Unternehmen standhalten können.

„ Das angebliche Allheilmittel für die notleidenden Werften in Deutschland wirkt leider keine Wunder. „

Die Oppositionsparteien haben einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gefordert, der die Handlungen der Landesregierung in der Werftenkrise unter die Lupe nehmen soll. Aus gutem Grund.

Monatelang haben Wirtschaftsexperten die Bücher der P+S Werften geprüft. Die Landesregierung entschied sich aufgrund der Expertise von PwC, Roland Berger, KPMG sowie Ernst & Young, dem angeschlagenen Werft-Unternehmen unter die Arme zu greifen. Wenige Tage nachdem der neue Werftchef das Ruder in die Hand genommen hatte, waren aber alle Gutachten offenbar nichts mehr wert. Die Zahlungen wurden gestoppt und die Insolvenz unabwendbar. Der Fraktionschef der Linken, Helmut Holter, hat recht, wenn er fragt, auf welcher Grundlage die Landesregierung welche Entscheidungen gefällt hat. Außerdem muss gefragt werden, wer die Gutachten in Auftrag gegeben, bzw. wer sie in welcher Höhe bezahlt hat. Waren die Ausgaben angesichts des Ergebnisses wirtschaftlich vertretbar? Und am Ende wird sich die Landesregierung auch fragen lassen müssen, ob es sinnvoll ist, dass die öffentliche Hand dort einspringt, wo es Banken aus wirtschaftlichen Erwägungen längst nicht mehr tun.

Claus Tantzen

Gute Pflege gefordert

Aktuelle Stunde: Linke sieht Pflegenotstand erreicht

Immer mehr Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern benötigen Pflege. Jetzt sind es rund 67 000. Bis zum Jahr 2030 werden es Prognosen zufolge etwa doppelt so viele sein. Die Betroffenen müssen gut versorgt sein, forderte die Fraktion DIE LINKE am 29. August im Landtag. Sie beantragte die Aktuelle Stunde zum Thema „Gute Pflege, gute Löhne – Reformstau endlich auflösen“.

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Linksfraktion, **Helmut Holter**, herrscht in Mecklenburg-Vorpommern bereits ein Pflegenotstand. Er kritisierte den niedrigeren Mindestlohn für Pflegekräfte im Osten, der mit 7,75 Euro einen Euro unter dem im Westen liegt. „Wir brauchen einen einheitlichen Mindestlohn von 10 Euro“, sagte er. Die Abwanderung von Pflegerinnen und Pflegern sei ein Problem vor allem für die Pflegedienste im Westen des Landes. Anbieter aus Hamburg und Schleswig-Holstein würden dort offensiv abwerben. Holter kritisierte auch, dass die meisten Auszubildenden für den Pflegeberuf Schulgeld zahlen müssen. „Das sind monatlich rund 135 Euro. Wo leben wir denn eigentlich?“ Er forderte Sozialministerin Manuela Schwesig auf, diesen Zustand zu beenden.

Ministerin **Manuela Schwesig** will künftig ambulante Angebote stärker unterstützen. Das sei ein Strategiewechsel. Im Blick hat sie dabei auch pflegende Angehörige. Diese sollen entlastet werden. „Der größte Pflegedienst ist die Familie“, betonte sie. In der Vergangenheit hatte das Land die Heime kräftig mit Investitionszuschüssen unterstützt. Auf Bundesebene will Schwesig als SPD-Bundesvize die vor vier Jahren eingeführte Pflegezeit ausweiten. „Was jetzt an Familienpflegezeit da ist, reicht nicht aus“, sagte sie. So soll Arbeitnehmern, die sich zur Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen kurzzeitig freistellen lassen, der Lohn weitergezahlt werden, forderte sie. Zudem soll ihnen mehr Flexibilität ermöglicht werden. Auch für die Sterbephase müsse für nahe Angehörige eine Auszeit möglich sein.

Fotos: Uwe Baleski



Helmut Holter (DIE LINKE)

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Vincent Kokert**, verwies auf vielfältige Bemühungen der Pflegedienste um ihre Mitarbeiter. Das reiche vom Dienstwagen, der mit nach Hause genommen werden dürfe, bis zum kostenlosen Kita-Platz und zur betrieblichen Altersvorsorge. Der Pflegeberuf sei attraktiv. Insbesondere für Schulabgänger mit mittlerem Bildungsabschluss. Sie könnten innerhalb von drei, vier Jahren in die Management-Ebene aufsteigen. Er warf der Linken vor, ein falsches Bild zu zeichnen. „Es ist hier in diesem Land ein krisensicherer Job. Man sollte alles dafür tun, um der Öffentlichkeit zu zeigen: Dieser Beruf hat Zukunft in M-V. Und wir sollten uns nicht immer hinstellen und den Beruf schlechtreden, denn so kriegen wir keine jungen Menschen dazu bewegt, sich dafür zu engagieren.“

Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) forderte ebenfalls einen Mindestlohn für Pflegefachkräfte. Eine Kleine Anfrage im Landtag habe ergeben, dass die Reallöhne in diesem Bereich rückläufig sind. Das sei erschreckend und passe nicht zu der Aussage, dass dieser Beruf attraktiv sei. „Die Gesundheitsberufe sind für unser Bundesland die Zukunft“, betonte sie. Neue Formen der Pflegeversorgung zu finden, sei auch eine Aufgabe der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Es gelte sicherzustellen, dass auch in der häuslichen Pflege gut ausgebildete Fachkräfte arbeiten. Am Ende des seit Monaten andauernden Streits zwischen Krankenkassen und Pflegeverbänden um die Vergütung der häuslichen Krankenpflege in Mecklenburg-Vorpommern müssen ihrer Meinung nach „faire Löhne“ stehen.

Julian Barlen (SPD) begrüßte es, dass die Krankenkassen im Vergütungsstreit für die häusliche Pflege wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sind. Dies sei auch der Initiative von Sozialministerin Schwesig zu verdanken, die die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt als Mediatorin gewonnen hat. Der Linken warf er vor, sich beim Thema Pflege „total verdrückt“ zu haben. So habe die Fraktion im März einen Antrag der Koalitionsfraktionen, der eine klare Positionierung des Parlaments zur Bezahlung in der häuslichen Krankenpflege verlangte, abgelehnt. Damals



Ministerin Manuela Schwesig

mit der Begründung, SPD und CDU würden sich unsachgemäß in die Aufgabe der Selbstverwaltung einmischen. Er forderte nun „selbstkritische Offenheit“ von der Opposition.

Stefan Köster (NPD) prophezeite eine „sozialpolitische Katastrophe“ für Mecklenburg-Vorpommern. „Immer mehr Ältere und immer mehr Jüngere, und die Familienangehörigen, die zuvor immer für die Pflege vor allem der Älteren aufgekommene sind, die sind durch eine katastrophale Familienpolitik gehindert, sich überhaupt noch um ihre Angehörigen zu kümmern. Das sind die Realitäten hier in diesem Land“, sagte er. Hier gebe es bereits jetzt anteilig deutschlandweit die höchste Zahl von Pflegebedürftigen. „Und eine weitere Zunahme in den nächsten Jahrzehnten ist durch die Überalterung unseres Volkes sichergestellt.“ Das Land habe die Pflicht, alle Einkommen und Vermögen in die Sozialkassen mit einzubeziehen.

Bernd Schubert (CDU) kritisierte, dass die Linke das Thema Intensivpflege nicht mit in die Debatte einbezogen habe. Die Pflegestützpunkte, die Information und Beratung rund um das Thema Pflege bieten sollen, seien noch nicht überall im Land vorhanden. Insgesamt sollten 18 dieser Anlaufpunkte eingerichtet werden. Dafür stelle das Sozialministerium jeweils 20.000 Euro zur Verfügung. Die Stadt Schwerin mit einer Oberbürgermeisterin der Linken sei bislang „nicht in der Lage“ gewesen, eine solche Stelle zu schaffen, bemängelte er. „Der Landkreis Vorpommern-Greifswald, der wenig Geld hat, hat sich dafür entschieden, sogar zwei zusätzliche einzurichten.“ Das Geld stehe nur noch bis Juni 2013 zur Verfügung, mahnte er zur Eile.

Der Mindestlohn in der Pflege gelte nicht für Pflegefachkräfte, sondern für Pflegehelferinnen und -helfer, stellte **Jörg Heydorn** (SPD) klar. Im Osten belaufe er sich auf 7,75 Euro, im Westen sei er höher. Die SPD habe diese Differenzierung zu jeder Zeit kritisiert. „Das ist eine Sauerei, die wird von hier nicht akzeptiert“, betonte er. Das Durchschnittseinkommen in Mecklenburg-Vorpommern in der Altenpflege liege derzeit zwischen 1.700 und 1.800 Euro. „Und wenn man das mal ausrechnet, dann ist das ein Stück weit mehr, als die von Ihnen geforderten 10 Euro“, sagte er in Richtung der Linksfraktion. Dennoch brauche der Pflegeberuf mehr Anerkennung und müsse attraktiver werden. Die Pflege müsse künftig gleichberechtigt neben der Medizin stehen.



Vincent Kokert (CDU)



Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Julian Barlen (SPD)



Stefan Köster (NPD)



Bernd Schubert (CDU)



Jörg Heydorn (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

Werftenpleite

Koalition und Opposition streiten über politische Verantwortung

Fotos: Jens Büttner



Regierung und Opposition haben sich am 29. August im Landtag einen heftigen verbalen Schlagabtausch über die politische Verantwortung für die Insolvenz der P+S Werften in Wolgast und Stralsund geliefert. Lange hatte die Landesregierung versucht, den Umbau der Schiffbaubetriebe mit staatlichen Hilfen zu unterstützen. Weil die Erfolgsaussichten schwanden, stoppte sie im August den Geldfluss. Zu früh, meinten Redner der Opposition in der Debatte. Sie warfen der SPD/CDU-Regierung vor, die dramatische Verschlechterung der Werftsituation nicht rechtzeitig erkannt zu haben. Die politische Verantwortung für die Insolvenz wollen sie in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären. Abgeordnete der Koalitionsfraktionen wiesen die Vorwürfe zurück.

Ministerpräsident **Erwin Sellering**, der ebenso wie der Wirtschaftsminister Bericht über die aktuelle Lage erstattete, verteidigte den Kurs seiner Regierung. Das Land konnte seinen Worten nach nur „zeitlich begrenzt“ und gemeinsam mit dem Bund helfen. Dies sei von Anfang an klar gewesen. „Eine dauerhafte Subventionierung kann es nicht geben“, betonte er. Forderungen nach einer Aufstockung der Rettungsbeihilfe über die ursprünglich zugesagten 152 Millionen hinaus seien zu Recht abgelehnt worden. Er warnte vor einer „politischen Schlammschlacht“. Die Werftarbeiter und deren Familien würden zu Recht erwarten, „dass ihr Schicksal nicht zum Spielball kleinlicher parteitaktischer Manöver wird“. Der Regierungschef rief Linke und Grüne auf, bei der Suche nach einem Neuanfang mitzuhelfen. „Wir, dieses Parlament, stehen in einer gemeinsamen Verantwortung für die Werften“, appellierte er an die Abgeordneten. Wirtschaftsminister **Harry Glawe** versicherte, das Land werde weiterhin alles rechtlich Mögliche und wirtschaftlich Vertretbare für die Werften tun. „Unser Ziel ist es, beide Werftstandorte zu erhalten“, betonte er. Konsequente und mutige Entscheidungen seien notwendig, „wenn der Umstrukturierungsprozess doch noch erfolgreich abgeschlossen werden soll“, erklärte er. Es gehe nun um die Fortführung der Arbeit,

wohl auch um die Einrichtung einer Transfergesellschaft und um das Insolvenzausfallgeld für die Mitarbeiter auf den Werften. „Es geht um die Zukunft der maritimen Industrie in Vorpommern. Dazu brauchen wir Zusammenhalt und nicht gegenseitige Schuldzuweisungen“, unterstrich der Minister. Linksfraktionschef **Helmut Holter** warf der Regierung vor, mit dem kurzfristigen Stopp der staatlichen Rettungshilfen die Insolvenz leichtfertig in Kauf genommen zu haben. „Wenn ich zu entscheiden gehabt hätte zwischen Millionen und Menschen, ich hätte mich für die Menschen entschieden“, sagte er. Seiner Überzeugung nach hätte mit der Zahlung einer weiteren Tranche der 152 Millionen Euro staatlich verbürgter Kredite Zeit für die Entwicklung eines neuen Rettungskonzeptes gewonnen werden können. „Der neue Werftchef Rüdiger Fuchs wollte dafür vier Wochen Zeit. Warum haben Sie ihn dem Druck ausgesetzt und nur vier Tage Zeit gegeben?“, fragte er und warf der Regierung vor, trotz Hinzuziehung renommierter Beraterfirmen über die wahre Lage der Werften im Unklaren gewesen zu sein.

Der SPD-Wirtschaftsexperte **Jochen Schulte** warf der Linken vor, „Nebelkerzen“ zu werfen. Es sei unredlich, dem Land vorzuhalten, es habe die Rettungsbeihilfen nicht ausgeschöpft. Auch der Restbetrag von rund 80 Millionen Euro hätte nicht ausgereicht, um das Überleben der Werften zu sichern. Das wisse die Linke genau. Die Landesregierung hätte nicht anders handeln können, ohne Rechtsbruch zu begehen. Das Grundproblem sei die mangelnde Liquidität in dem Unternehmen. Das könne man aber nicht dem Land vorwerfen. Die Insolvenz sei auch eine Chance für den Neuanfang in Stralsund und Wolgast. „Sogar noch eine bessere Chance, als das vor ein paar Jahren in Wismar und Warnemünde war“, sagte der Abgeordnete.

Nach Ansicht von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** profitieren die Banken von der Werftenpleite. Auch die Auftraggeber für die beiden Schiffe seien „Gewinner“, weil sie nun wohl nur noch einen „Spottpreis“ zahlen müssten. Verlierer sind seiner Meinung nach die Familien der Beschäftigten sowie mittelständische Unternehmen, die ihre Rechnungen in Millionenhöhe nun nicht bezahlt bekämen. Der Landesregierung warf er vor, „eine kranke Unternehmung noch bereichert“ zu haben: „Auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.“ Die Opposition sei stets über die Rettungsbemühungen des Landes auf dem Laufenden gehalten worden, sagte der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller**. „Das Risiko einer Insolvenz trotz Rettungsbeihilfen war allen Beteiligten, ins-



1800 Schiffbauer blicken in eine ungewisse Zukunft.



Fotos: Jens Büttner

besondere im Hinblick auf die strukturellen Probleme der Werften und ihre geringe Eigenkapitalausstattung, von Beginn an bewusst“, betonte er. Die neuerliche Verschiebung der Fertigstellung der Scandlines-Fähren habe die finanzielle Situation weiter dramatisch verschlechtert. Von einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, wie von der Opposition gefordert, seien neue Erkenntnisse nicht zu erwarten. Die Kosten eines solchen Ausschusses würden pro Jahr bei etwa einer Million Euro liegen. Geld, das seiner Überzeugung nach in anderen Bereichen besser eingesetzt ist. Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** sprach von einem „rabenschwarzen Tag für die Werften“ im Land. Er mahnte weitere staatliche Unterstützung für die Schiffbaubetriebe an: „Weder in Stralsund noch in Wolgast darf eine Industriebranche entstehen“, sagte er. Suhr schloss sich der Kritik Holters am Krisenmanagement der Landesregierung an. Es müsse geklärt werden, weshalb die Landesregierung die Situation der Werften so falsch eingeschätzt habe, dass die Rettung schließlich misslang. Die politische Verantwortung für die Insolvenz sei nun in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu klären, der im September vom Landtag eingesetzt werden solle. „Die vielen offenen Fragen zeigen, dass dieser Ausschuss notwendig ist“, sagte Suhr.

Hintergrund

Werftenchef Rüdiger Fuchs hatte am Morgen des 29. August beim Amtsgericht Stralsund Insolvenzantrag für die P+S Werften in Wolgast und Stralsund gestellt. Das seit langem in Zahlungsschwierigkeiten steckende Unternehmen war offenbar nicht mehr in der Lage, die zum Monatsende fälligen Löhne zu zahlen, Zulieferer warteten seit längerem auf ausstehende Zahlungen.

Der Landesregierung zufolge haben neben internen Problemen bei P+S auch Finanz- und Wirtschaftskrise die Werften in Not gebracht. Banken seien kaum noch bereit, Schiffe vorzufinanzieren. Deshalb müsse der Staat immer häufiger mit Bürgschaften einspringen. Für die P+S Werften hatten Land und Bund zusätzliche Rettungsbeihilfen im Umfang von 152 Millionen Euro bewilligt und dafür auch die Zustimmung der Opposition im Landtag erhalten. Bei Gesprächen mit der neuen Werftleitung hat sich den Angaben nach gezeigt, dass die Hilfe nicht ausreicht, um die Werften nach dem alten Sanierungskonzept zu retten. Das Land hatte am 20. August sämtliche staatliche Hilfen gestoppt. Eine Erhöhung der Mittel sei europarechtlich ausgeschlossen, hieß es zur Begründung.

Wahlalter senken?

Gesetzentwürfe von Grünen und Linken zur Beratung an Ausschuss überwiesen

Linke und Bündnisgrüne im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wollen das Alter bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre senken. Ihre Gesetzentwürfe wurden am 29. August einstimmig zur weiteren Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss überwiesen. Dort sollen Experten zum Thema gehört und Argumente für und gegen das Vorhaben diskutiert werden. Die Regierungsfractionen von SPD und CDU signalisierten Gesprächsbereitschaft.

„Es ist Zeit, Jugendlichen in unserem Land mehr Mitspracherechte einzuräumen“, erklärte **Johannes Saalfeld**, der den Gesetzentwurf der Grünen begründete. Jugendliche seien von den landespolitischen Entscheidungen direkt betroffen und hätten am längsten an den politischen Entscheidungen zu tragen. Seit die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre erhöhte wurde, dürfen seinen Worten nach in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 12.000 Jugendliche statt mit 18 Jahren erst mit 22 Jahren erstmals an die Wahlurne treten. Momentan seien die Erstwähler im Land 20,5 Jahre alt. Durch die Absenkung des Wahlalters auf 16 würde das durchschnittliche Alter der Erstwähler immerhin auf 18,5 Jahre sinken. Er verwies auf einen weiteren Widerspruch. „Mit 14 Jahren dürfen Jugendliche einer Partei beitreten, ab erst vier Jahre später dürfen sie erstmals an einer Wahl teilnehmen. Das ist doch widersinnig“, sagte Saalfeld.

„Seit über zehn Jahren besteht diese Altersgrenze bei Kommunalwahlen“, sagte **Peter Ritter**, Parlamentarischer Geschäftsführer und innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Es gebe inzwischen keine stichhaltigen Argumente, Jugendlichen ab 16 eine Beteiligung bei den Landtagswahlen zu verwehren. „Kommunalwahlen sind keine Wahlen von geringerer Bedeutung, die Regelung 18 Jahre bei Landtagswahlen ist grundsätzlich eine Ungleichbehandlung, die vom Tisch muss“, betonte er bei der Begründung des Gesetzentwurfs seiner Fraktion. Die Absenkung des Wahlalters wäre ein Gewinn für die Demokratie, fördere das Interesse an Politik und entspräche der Lebenswirklichkeit. „Wir sollten den Schwung der laufenden bundesweiten Diskussion über die Senkung des Wahlalters bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen nutzen.“

Die CDU hält die Herabsetzung des Wahlalters für falsch. „Das Wahlalter sollte weiterhin mit dem Alter der Volljährigkeit übereinstimmen“, erklärte Innenminister **Lorenz Caffier** in der Parlamentsdebatte. Es sei richtig, das Recht zur Beteiligung an der Wahl zur Volksvertretung an die Verantwortung als mündiger Staatsbürger zu knüpfen. Diese werde nun mal

mit Vollendung des 18. Lebensjahres erreicht. In Mecklenburg-Vorpommern dürfen 16-Jährige bei Kommunalwahlen bereits an die Wahlurne treten. Caffier sieht jedoch einen Unterschied zu Wahlen für Land- oder Bundestag. Da in diesen Parlamenten Gesetze verabschiedet werden, sei die Volljährigkeit der Wähler angezeigt, sagte er.

Auch der SPD-Abgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer **Heinz Müller** steht dem Vorhaben skeptisch gegenüber. Er sieht in der Zulassung ab 16 zur Bundestagswahl eine Diskrepanz zum passiven Wahlrecht. Aktives (Wählen) und passives Wahlrecht (Wählbarkeit) sollten seiner Meinung nach nicht auseinanderfallen.

Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** bezeichnete die Hoffnung, dass sich mit der Herabsetzung des Wahlalters etwas an der „Politikverdrossenheit“ ändert, als „wirklichkeitsfremd“. Er forderte Politiker der anderen Fraktionen zum Rücktritt auf. „Machen Sie Platz für Leute, die die Realität kennen“, sagte er.

Wolf-Dieter Ringguth, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, bemängelte die widersprüchliche Behandlung von aktivem und passivem Wahlrecht. Zudem könne ein Interessenausgleich zwischen älteren und jüngeren Menschen auch ohne Absenkung des Wahlalters erfolgen. „Wer wählt, übernimmt auch Verantwortung“, wies er auf einen weiteren Aspekt hin. Der Urnengang setze ein gewisses Maß an Verständnis für das politische System voraus. Zuerst müssten Defizite an den Schulen beseitigt werden, ehe das Wahlalter gesenkt werde. Junge Leute sollten ermuntert werden, sich in Jugendverbänden und -parlamenten zu engagieren. Auf kommunaler Ebene hält er das Wahlrecht ab 16 Jahren für „vernünftig“.

Jugendliche seien sehr wohl in der Lage, komplexe Zusammenhänge in der Politik zu verstehen, widersprach **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Die Kopplung des Wahlalters an die Volljährigkeit hält sie für überholt. So könnten Minderjährige bereits jetzt ohne Einwilligung der Eltern ihre Bereitschaft zur Organspende erklären. Sie wies daraufhin, dass aktives und passives Wahlrecht bei der Kommunalwahl auch auseinanderfallen. Der Gang zur Wahlurne ab 16 Jahren würde jungen Menschen eine größere Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen, sagte sie.

1999 war 16-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern das aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene eingeräumt worden. Gewählt werden können sie dort aber auch erst ab 18. An Landtags-, Bundes- und Europawahlen nehmen junge Leute in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt erstmals mit 20,5 Jahren teil – nicht immer steht gleich nach dem 18. Geburtstag eine Wahl an.

Gesetzentwurf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1024

Gesetzentwurf DIE LINKE Drucksache 6/1030



Vom 11. bis 15. November werden 80 Jugendliche aus M-V bei dem Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“ miteinander und mit den Abgeordneten über ihre Themen, Vorschläge und Forderungen diskutieren. Das Thema „Wählen ab 16“ wird dabei Gegenstand eines Parlamentsspiels sein.

Bürgernahe Gerichtsstruktur

Landtag überweist Volksinitiative zur Beratung an die Ausschüsse

Foto: Landtag M-V



Am 19. Juni übergaben Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative „Für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern“ 35.000 Unterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Die Volksinitiative „Für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern“ soll weiter auf Landesebene diskutiert werden. Der Landtag hat die Initiative am 29. August mit den Stimmen aller Fraktionen zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. 35.000 Unterzeichner haben das Anliegen unterstützt. Eine Volksinitiative wird im Landtag behandelt, wenn die Initiatoren für ihr Anliegen mindestens 15.000 Unterschriften zusammentragen.

Für Kritik sorgte bei der Opposition, dass die Spitzen der Koalition sich schon vor der Debatte im Landtag auf Eckpunkte für die Gerichtsreform geeinigt haben. Danach sollen die jetzt 21 Amtsgerichte auf 15 Standorte verringert werden. Justizministerin **Uta-Maria Kuder** verwies auf den gemeinsamen Vorschlag, den der Koalitionsausschuss jetzt vorgelegt hat. Demnach soll es zehn Amtsgerichtsbezirke mit insgesamt 15 Standorten geben. Die Volksinitiative gehe noch von acht Standorten aus, sei also nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Sie habe in den vergangenen Monaten eine Reihe von Argumenten gehört, die auch mit in das Eckpunktepapier eingeflossen seien. Zum Beispiel sei neu, dass die geplanten Zweigstellen gesetzlich verankert werden sollen und daher nicht – wie in der Vergangenheit – im Verordnungswege aufgelöst werden können. „Die Entscheidung ist eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zu einer modernen, bürgerfreundlichen Gerichtsstruktur“, betonte die Ministerin. Nun werde ein Gesetzentwurf erarbeitet, der dem Landtag voraussichtlich im März 2013 vorgelegt wird. „Der Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern ist unser gemeinsames Ziel“, bestätigte die SPD-Abgeordnete **Stefanie Drese**. Dennoch seien Änderungen zwingend notwendig. Der prognostizierte Bevöl-

kerungsrückgang und sinkende Finanzzuweisungen seien Gründe für den Reformbedarf, der ihren Worten nach auch nicht von der Volksinitiative in Frage gestellt wird.

Barbara Borchardt (DIE LINKE) hob die beachtliche Zahl der Unterschriften hervor, die in relativ kurzer Zeit von den Initiatoren der Volksinitiative gesammelt wurden. In den Gesetzentwurf sollten nun auch Anregungen und Hinweise aus den Anhörungen einfließen.

Der Diskussionsbedarf sei noch hoch, sagte auch der CDU-Abgeordnete **Andreas Texter**. Die erste Anhörung solle bereits im September stattfinden. Er äußerte Verständnis für das Ansinnen der Volksinitiative, die Präsenz der Justiz im Flächenland zu erhalten. Den Bürgern und Unternehmen dürfe der Zugang zum Recht „nicht unangemessen erschwert“ werden.

Ein Abzug der Justiz aus der Fläche werde der NPD nutzen, sagte deren Abgeordneter **Michael Andrejewski**. „Wir ziehen nicht ab“, betonte er. Gerade im ländlichen Raum hätten Bürger oft das Gefühl, im Stich gelassen zu werden. Seine Fraktion werde alles ablehnen, was zur „Verödung des ländlichen Raumes“ beitrage.

Das gute Verhältnis zwischen Bürger und Rechtsstaat droht nach Ansicht von Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** verloren zu gehen, wenn Amtsgerichte schließen. Der Rechtsstaat dürfe sich nicht aus der Fläche zurückziehen. Das müsse bei der Reform der Gerichtsstruktur beachtet werden.

Drucksache 6/1021

Eckpunkte für Gerichtsstruktur

SPD und CDU haben sich im Koalitionsausschuss auf folgende Eckpunkte verständigt:

In Zukunft soll es 10 Amtsgerichtsbezirke mit insgesamt 15 Standorten geben, an denen amtsgerichtliche Aufgaben wahrgenommen werden: Rostock, Schwerin, Greifswald, Neubrandenburg, Güstrow, Wismar mit einer Zweigstelle in Grevesmühlen, Ludwigslust mit einer Zweigstelle in Parchim, Waren (Müritz) mit einer Zweigstelle in Neustrelitz, Stralsund mit einer Zweigstelle in Bergen (Rügen) sowie Pasewalk mit einer Zweigstelle in Anklam. Die Verwaltungsgerichte Schwerin und Greifswald sollen an ihren jetzigen Standorten verbleiben, allerdings sind Zuständigkeitsverlagerungen vorgesehen. Das Finanzgericht soll seinen Standort in Greifswald behalten, während das Landessozialgericht zukünftig in Neustrelitz angesiedelt werden soll. Im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit ist eine Fusion der Arbeitsgerichte Stralsund und Neubrandenburg zu einem Arbeitsgericht Stralsund vorgesehen.

Rückenstärkung für Pflegedienste

Landtag will angemessene Entlohnung für häusliche Krankenpflege

Die Pflegedienste in Mecklenburg-Vorpommern haben im fortwährenden Streit um die Vergütung der häuslichen Krankenpflege Rückendeckung vom Landtag erhalten. Das Parlament sprach sich am 31. August trotz teilweise kontroverser Debatte einstimmig für Vergütungssätze aus, „die keine Leistungskürzungen für die Pflegedienste zur Folge haben“. In dem von den Regierungsparteien SPD und CDU eingebrachten Antrag werden Krankenkassen und Pflegedienste aufgefordert, „zügig und konstruktiv“ eine tragfähige Einigung anzustreben. Im August begannen Gespräche unter Vermittlung von Ex-Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zur Beilegung des Pflegestreits in Mecklenburg-Vorpommern.

Der SPD-Abgeordnete **Julian Barlen**, der den Antrag begründete, erinnerte an die wochenlangen Proteste der Mitarbeiter von Pflegediensten, die gegen die Senkung der Vergütungssätze von Pflegeleistungen durch die AOK und andere Krankenkassen auf die Straße gingen. Von einem einstimmigen Landtagsbeschluss gehe ein „tolles Signal für Pfleger und zu Pflegenden“ aus. Er widersprach dem Vorwurf der Linksfraktion, dass SPD und CDU mit ihren Forderungen das Prinzip der Selbstverwaltung von Kassen und Pflegediensten infrage gestellt hätten. Landespolitiker sind nicht Interessenvertreter von Krankenkassen oder Verbänden, sondern von Pflegekräften und Pflegebedürftigen“, betonte der Abgeordnete.

Hintergrund

Monatelang rangen Kassen und Pflegeverbände im Nordosten um die Bezahlung der häuslichen Krankenpflege. Die Verbände warfen den Kassen vor, auf Kosten der Pflegequalität und der Pflegekräfte Einsparungen erwirtschaften zu wollen. Neue Vergütungssätze, die in einem Schiedsspruch festgelegt worden waren, bedeuteten nach Angaben der Dienste acht bis 18 Prozent weniger Einnahmen. Die AOK sprach hingegen von fünf Prozent Einsparungen. Anfang September wurde der Streit um die Vergütung der häuslichen Krankenpflege in Mecklenburg-Vorpommern beigelegt. Die Kassen sicherten zu, bis Ende 2013 mögliche Verluste der Pflegedienste aus den am 1. August in Kraft getretenen neuen Vergütungssätzen auszugleichen. Die Einigung gelang in zwei Verhandlungsrunden unter Moderation von Ex-Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt.



Foto: Jens Büttner

In ganz Mecklenburg-Vorpommern demonstrierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten gegen die Senkung der Vergütungssätze durch die AOK und andere Krankenkassen.

Für die Linke signalisierte **Karen Stramm** Zustimmung zum Antrag. Eine gute häusliche Krankenpflege zu unterstützen, sei „Herzenssache“ für ihre Fraktion. Sie kritisierte aber, dass im Antrag keine Rede von Privatversicherten sei. Zudem fehle es an konkreten Vorschlägen, wie die Landesregierung tätig werden soll. Einen „Appell an die Selbstverwaltung“ habe ihre Fraktion bereits im März gestartet.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion **Bernd Schubert** mahnte eine zügige Erstellung eines neutralen Gutachtens über die Situation der Pflege in Mecklenburg-Vorpommern an. Dies sei für kommende Verhandlungen dringend erforderlich. Für 2013 müsse solch ein langwieriger Streit verhindert werden.

Auch ihre Fraktion habe von Beginn an die Proteste der Beschäftigten in den Pflegediensten unterstützt, sagte die Grünen-Abgeordnete **Silke Gajek**. „Angemessene Löhne und Gehälter für gut ausgebildete Fachkräfte gewährleisten ein hohes Maß an Pflegequalität“, betonte sie. 430 ambulante Pflegedienste mit rund 6.500 Mitarbeitern sind ihren Worten nach derzeit in Mecklenburg-Vorpommern tätig. Der Bedarf werde steigen.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** verteidigte die Teilnahme zugunsten der Pfleger, die sich gegen Vergütungssenkungen zur Wehr setzten. „Die Pfleger verstehen die Welt nicht mehr, dass sie nicht mehr Geld bekommen, sondern die Vergütungssätze sinken sollen“, sagte die Ministerin. Es sei gemeinsames Ziel gewesen, vor allem älteren Menschen über Gebühr lange Krankenhausaufenthalte zu ersparen und ihnen Pflege im häuslichen Umfeld zu ermöglichen. Für eine gute Betreuung seien qualifizierte Fachkräfte erforderlich, die Anspruch auf eine angemessene Entlohnung hätten. „Qualität muss sich in den Vergütungssätzen widerspiegeln“, unterstrich sie und fand damit Zustimmung im Plenum.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** forderte einen „Systemwechsel im Gesundheitswesen“. Die Selbstverwaltung degradiere die Politik zum „hilflosen Zuschauer“. Die politische Ebene gaukle den Menschen nur vor, sie könne in dieser Sache handeln. Seine Fraktion stimme dem Antrag zu, weil er verdeutliche, dass dieser Systemwechsel nötig sei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/1047

LKW-Maut für alle Straßen?



Johann-Georg Jaeger

Parlamentarischer Geschäftsführer und verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grünen sind für eine generelle entfernungsabhängige Mautpflicht für den LKW-Verkehr.

Der LKW-Verkehr ist ein wichtiger Baustein unseres Wirtschaftslebens und leistet damit auch einen Beitrag für unseren Wohlstand. Auf der anderen Seite belastet er besonders das Klima und die Umwelt, sowie durch den verursachten Lärm die Anwohner und nutzt die Verkehrsinfrastruktur besonders stark. So belastet ein vollbeladener Vierzigtonner eine Brücke so stark wie mehr als 20.000 PKW!

Die Verkehrsinfrastruktur besonders der Kommunen hält diesen Belastungen kaum noch stand.

Die aktuelle Mautpflicht allein auf Autobahnen und ausgewählten vierspurigen Bundesstraßen führt zum Ausweichen auf mautfreie Strecken, die aber weit schlechter auf die Belastungen vorbereitet sind. Obwohl die Landesregierung mit einer Steigerung des LKW-Verkehrs um 70 Prozent rechnet, hat sie keinerlei Konzepte, um die damit einhergehenden Probleme zu reduzieren und das prognostizierte Anwachsen des LKW-Verkehrs einzudämmen.

Die Bündnisgrünen schlagen vor, die LKW-Maut auf alle Straßen auszuweiten. Damit werden die Kommunen in doppelter Weise entlastet: der LKW-Verkehr nutzt vor allem die schnelleren Autobahnen und weicht nicht auf untergeordnete Straßen aus. An den zusätzlichen Mauteinnahmen würden das Land und die Kommunen nach Vorstellung der Grünen beteiligt und damit der dringend notwendige Erhalt der Verkehrsinfrastruktur ermöglicht.

Aber auch beim LKW-Verkehr selbst würde die Kostensteigerung zu einer Effizienzsteigerung führen und zum Beispiel Leerfahrten vermeiden. Tatsächlich würden aber auch Produkte, die mit dem LKW transportiert werden, etwas teurer für den Endverbraucher. Auf der anderen Seite werden Endverbraucher aber durch die zusätzlichen Mittel, die die Kommunen erhalten, entlastet. Das Land würde zusätzliche Mittel erhalten, die aus Sicht der Grünen besonders gut im Bahnverkehr angelegt wäre. Damit würde eine Alternative zum LKW-Verkehr gestärkt.

Die LKW-Maut für Autobahnen wurde in Deutschland zum 1. Januar 2005 eingeführt. Ab 1. August 2012 wurde die Maut auf mindestens vierspurige Abschnitte von Bundesstraßen mit Anbindung an eine Bundesautobahn ausgedehnt.

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit einem Antrag am 30. August die Landesregierung aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Initiativen gegenüber dem Bund für die schrittweise Einführung der LKW-Maut auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen zu ergreifen.

Drucksache 6/1026



Jochen Schulte

Wirtschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Vor dem Hintergrund einer sich bundesweit abschwächenden Wirtschaft, der großen Bedeutung der Transport- und Logistikwirtschaft für den Standort Mecklenburg-Vorpommern sowie der derzeit übermäßig hohen Treibstoffpreise lehne ich jede weitere Belastung für die einheimischen Unternehmen prinzipiell ab.

Die Lage im Transportgewerbe ist ohnehin schwierig. Weitere Mautkosten können von den Unternehmen kaum noch

auf die zu transportierenden Waren umgelegt werden. Bereits heute haben viele Spediteure nur minimale Gewinnmargen und würden durch eine solche Maßnahme unter massiven wirtschaftlichen Druck geraten. Aber selbst wenn die Kosten auf die Kunden und Verbraucher umgelegt werden könnten, hätte dies den negativen Effekt, dass die Lebenshaltungskosten weiter steigen würden.

Festzustellen ist auch, dass Mautausweichverkehre in Mecklenburg-Vorpommern bisher nicht positiv nachgewiesen werden konnten. Selbst bundesweit werden Mautvergehen laut Bundesamt für Güterverkehr bei nur 0,6 Prozent der 20 Millionen kontrollierten Fahrzeugen im Jahr beanstandet. Und auch die Anzahl der LKW hat sich seit Einführung der Autobahnmaut auf Bundesstraßen kaum verändert.

Letztendlich stellt meiner Auffassung nach die Einführung einer LKW-Maut auf allen Straßen daher auch nur einen ersten Schritt hin zu einer allgemeinen Maut – auch für PKW-Nutzer – dar. Eine solche zusätzliche Belastung für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die angesichts der flächenmäßigen Ausdehnung des Landes besonders auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, lehne ich ab.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Volksinitiative Mindestlohn

Das Parlament hat am 29. August die Volksinitiative für zehn Euro Mindestlohn zur weiteren Diskussion in die Ausschüsse überwiesen. Redner der Regierungsfractionen machten aber deutlich, dass sie einen Mindestlohn von zehn Euro ablehnen. Sie kritisierten, die Volksinitiative sei eine Partei-Initiative der Linken gewesen. Die Listen mit dem Anliegen hatten 16.000 Menschen im Land unterschrieben. In Mecklenburg-Vorpommern gilt seit diesem Jahr eine Lohnuntergrenze bei Aufträgen des Landes in Höhe von 8,50 Euro. Dies sei nicht ausreichend, bemängelte die Linke.

Drucksache 6/1020

Geheimdienst auf den Prüfstand

Die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Geheimdienstarbeit von Bund und Ländern auf den Prüfstand stellen. Als einen ersten Schritt schlug die Fraktion am 29. August vor, die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Landtages künftig in aller Regel öffentlich durchzuführen. Die PKK ist für die Kontrolle der Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zuständig und tagt entsprechend dem Landesverfassungsschutzgesetz bislang nicht öffentlich. Die Ermittlungsspannen um die Morde der rechtsextremen Terrorzelle NSU hätten zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Behörde geführt, hieß es zur Begründung. Öffentlichkeit sei Voraussetzung und wichtigstes Element der Kontrolle. Die für den Vorschlag nötige Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes lehnte die Mehrheit der Parlamentarier ab.

Drucksache 6/1025

Wendelstein-Experiment

Sozialministerin Manuela Schwesig will für Offenheit und Transparenz beim Kernfusionsexperiment „Wendelstein 7-X“ sorgen. Sie legte am 29. August im Landtag einen Bericht zum aktuellen Sachstand im Genehmigungsverfahren vor. Aufgabe des Experimentes sei es, die Kraftwerkstauglichkeit einer möglichen Kernfusionsanlage zu untersuchen. Dabei handele es sich um eine völlig neue Form der Energieerzeugung von weltweitem Interesse. Hintergrund ist eine Debatte um angebliche Sicherheitsmängel beim verantwortlichen Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald. „Ich denke, dass es wichtig ist, zum Schutz der Menschen und der Umwelt, aber auch im Interesse der Öffentlichkeit an solchen Großprojekten, jeden Verfahrensschritt gut zu dokumentieren und auch öffentlich zu erklären“, sagte die Ministerin.

Die Aussprache ist im Wortlaut nachzulesen unter www.landtag-mv.de (Plenarprotokollauszüge bzw. Plenarprotokolle)

Ambulante Intensivpflege

Auch am 30. August stand das Thema Pflege auf der Tagesordnung der Landtagssitzung. Die Fraktionen von CDU und SPD forderten die Landesregierung in einem Antrag auf, bis zum Sommer 2013 einen Bericht über die außerklinische Intensivpflege vorzulegen. Gleichzeitig solle überprüft werden, ob die derzeitigen Rahmenbedingungen ausreichen. Bei der Intensivpflege geht es um Patienten, die einer besonders intensiven Pflege bedürfen, oftmals einer künstlichen Beatmung. Nach Angaben von Gesundheitsministerin Manuela Schwesig sind auch jüngere Patienten betroffen, die mit Hilfe moderner Medizintechnik zu Hause oder in speziellen Wohngruppen betreut werden könnten und somit ein Plus an Lebensqualität hätten. Sie sagte eine Prüfung zu.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/1046

Bundestag ab 16 wählen?

Der Landtag will auch über die Verjüngung der Wählerschaft für den Bundestag diskutieren. Am 30. August hat das Parlament einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss überwiesen, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene „konstruktiv“ für eine Absenkung des Wahlalters einzusetzen. Die Linksfraktion sieht darin „ein wirksames Mittel gegen Politikverdrossenheit und für eine breitere politische Teilhabe“.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/1031

Heimische Eiweißpflanzen statt Soja

Einheimische Eiweißpflanzen wie Ackerbohnen, Futtererbsen, Lupinen, Klee, Luzerne und Wicken (Leguminosen) sollen Mecklenburg-Vorpommern von Futtermittelimporten wie Soja unabhängiger machen. Im Landtag haben am 30. August gleich drei Fraktionen – DIE LINKE sowie die Regierungsfractionen CDU und SPD – Entscheidungen zum stärkeren Anbau von Eiweiß-Futterpflanzen beantragt. Voraussetzung dafür seien Forschung und Züchtung geeigneter Sorten, hieß es in der Debatte.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu beiden Anträgen Änderungsanträge gestellt. Alle Beschlussvorlagen wurden zur weiteren Beratung in den Agrarausschuss überwiesen.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/1032

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/1044

Änderungsanträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen 6/1078 und 6/1079

Alle Drucksachen

www.landtag-mv.de

Lehren aus Ausschreitungen ziehen

Landtag erinnert an ausländerfeindliche Krawalle von 1992 in Rostock-Lichtenhagen

Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 30. August an die ausländerfeindlichen Krawalle im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen erinnert. Die Debatte „20 Jahre ausländerfeindliche Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen – Mahnung und Verpflichtung. Für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt!“ ist von den demokratischen Fraktionen im Landtag beantragt worden. Am Wochenende zuvor hatten sich bereits Tausende Menschen in Rostock zusammengefunden, um mit Gedenkveranstaltungen vor Fremdenhass und Intoleranz zu warnen. Die LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Die Ereignisse dürfen nicht in Vergessenheit geraten“

Foto: Uwe Balawski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Am Wochenende versammelten sich Tausende Menschen in Rostock, um der schrecklichen Ereignisse zu gedenken, mit denen das sogenannte Sonnenblumenhaus im Stadtteil Rostock-Lichtenhagen im August 1992 traurige Berühmtheit erlangte. Mit Demonstrations- und Gedenkzügen am Sonnabend sowie Fahrradsternfahrten am Sonntag zogen die Menschen mahnend zu dem Gebäude, das zu Beginn der 90er Jahre die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern war [...]

Das Gebäude ist heute bewohnt wie jedes andere in diesem Stadtteil. Wenn man dort spazieren geht, wird kaum noch etwas daran erinnern, welche rohe und brutale Gewalt die Kinder, Frauen und Männer dort im August 1992 tagelang ertragen mussten. Bewegt man sich um das Haus Richtung Schnellstraße, ragt das mahnende Symbol der Ereignisse in Tausenden kleinen Mosaiksteinen die Fassade empor. Mit der Sonnenblume sind für viele von uns die Bilder verbunden, die sich vor 20 Jahren fest in unsere Köpfe eingemeißelt haben und die auch 20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen noch präsent sind, als sei es erst vor kurzem gewesen.

(Udo Pastörs, NPD: Amen!)

„ Es ist unsere Aufgabe, die Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Wir brauchen Mut und Courage im Alltag. „

Wissen Sie, Herr Pastörs, in meinem Gedächtnis haben sich die Bilder aus Auschwitz, aus dem Konzentrationslager sehr fest eingepägt. In meinem Gedächtnis haben sich auch diese Ereignisse von 1992 fest eingepägt. Sie sind nicht auslöschar, sie sind für mich Motivation, genau gegen Sie zu kämpfen. Das will ich Ihnen hier deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, ich bedauere, dass Herr Pastörs so kulturlos ist, diesen Tagesordnungspunkt zu unterbrechen, weil es nicht gelingt, wirklich dieser Ereignisse zu gedenken und sie zu würdigen. Man muss auch das Engagement vieler in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland würdigen, die gegen diese Ereignisse dann in einer Demonstration – das waren 20.000 – 1992 auf die Straße gegangen sind. Und viele, die hier im Saal sitzen, waren damals dabei. Ich war auch dabei.

Ja, sehr wohl. Und es ist genau richtig, dass damals 20.000 auf die Straße gegangen sind, und es ist auch richtig, dass am Wochenende viele auf die Straße gegangen sind.

Damals lebten im Sonnenblumenhaus circa 150 Menschen [...]

Mehrere Tage wurden Angriffe, Pogrome gegen die Flüchtlinge gestartet, ehemalige Vertragsarbeiter unter Druck gesetzt, die damals in diesem völlig überfüllten Haus lebten. Ein aggressiver Mob von Neonazis und Mitläuferinnen und Mitläufern schleuderte Steine und Brandsätze gegen das Sonnenblumenhaus – unter Johlen und Beifallklatschen einer zuschauenden Menge.

Die Einsatzkräfte der Polizei, die Bundes- und Landespolitik, die ganze Zivilgesellschaft versagten.

Es war reiner Zufall, dass in dem Inferno niemand ums Leben

kam. Die Wenigen, die helfen wollten, wurden der Lage nicht Herr, die Situation eskalierte völlig. Die fehlgeleitete Wut der Randalierer und ihrer Mitläufer entlud sich an den Bewohnerinnen und Bewohnern des Sonnenblumenhauses. Die wehrlosen Flüchtlinge und Arbeitsmigranten waren die Leidtragenden, die Opfer des randalierenden und gewalttätigen Pöbels, sie waren Opfer einer überforderten und versagenden Politik.

Die rassistischen Übergriffe erfolgten in einer Zeit, als die Debatte um eine Verschärfung des Asylrechts hochkochte. Wir erinnern uns alle an die Losung „Das Boot ist voll“ und diese Sprüche, die das Leben damals und die Politik begleiteten. Gerade diese Sprüche und ihr Beitrag ließen die Situation damals eskalieren.

Nach den Ausschreitungen kam es dann auch zur faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl. Die Drittstaatenregelung wurde eingeführt, wonach Flüchtlinge abgewiesen werden konnten, wenn sie über ein als sicher geltendes Land einreisen.

Im Jahre 1993 trat das restriktive Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Mit ihm wurden menschenunwürdige Leistungssätze für Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingeführt, die lediglich ein Überleben, aber kein Leben ermöglichten. [...]

Wir haben als Fraktion den anderen demokratischen Fraktionen vorgeschlagen, heute diese Resolution zu verabschie-

den: ‚20 Jahre ausländerfeindliche Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen – Mahnung und Verpflichtung. Für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt!‘

Wir wollen heute diese Resolution verabschieden. Damit wird von diesem Parlament erneut ein Signal ausgehen: Die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Es bedarf einer weiteren gründlichen Aufarbeitung der Ereignisse von 1992, um das Geschehene wachzuhalten und Wiederholungen auszuschließen.

Es ist unsere Aufgabe, die Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Wir brauchen Mut und Courage im Alltag.

Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Hass und Gewalt dürfen keinen Raum haben – nicht in Rostock, nirgendwo! Wir müssen ein noch größeres Augenmerk auf die Prävention legen, vor allem in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. [...]

Zu einer weltoffenen demokratischen Gesellschaft gehört auch, dass für alle Mitglieder, ob Einheimische oder Zuwanderer, die gleichen allgemeinen Rechte gelten. Die Rechte und die Selbstbestimmung der Migrantinnen und Migranten müssen weiter gestärkt werden, damit sie auf allen gesellschaftlichen Ebenen gleiche Teilhabemöglichkeiten haben. Vor allem aber müssen wir die Situation der in unserer Gesellschaft völlig entrechteten Asylbewerberinnen und Asylbewerber deutlich verbessern. Dazu liegen Ihnen zwei Anträge meiner Fraktion vor, die in diesen Sitzungen zur Beratung anstehen.

Zu all den Maßnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren – und da sind sich die demokratischen Fraktionen ja auch einig –, gehört das NPD-Verbot. Eine Partei, die den demokratischen Rechtsstaat abschaffen will, die gegen die Verfassung zu Felde zieht, darf nicht weiter legitimiert werden. Es kann nicht sein, dass der Staat eine Partei offiziell anerkennt, sie und ihre Strukturen im Land mit Steuergeldern versorgt, obwohl diese Partei genau diesen Staat, diesen Rechtsstaat abschaffen will.

Das hatten wir alles schon einmal und es ist unsere Verantwortung, geschichtsbewusst und bedacht zu handeln, damit sich so etwas nicht wiederholt [...]

In einem ‚Zeit‘-Artikel vom 16.08., der überschrieben war ‚Kristallnacht im August‘, heißt es abschließend zur Diskussion, ob ein NPD-Verbot überhaupt der richtige Weg sein könne, Zitat: ‚Löscht man ein Feuer, indem man den Rauchmelder einfach im Keller versteckt?‘

Nein, meine Damen und Herren, aber man löscht ein Feuer, indem man sämtliche Türen schließt, ihm die Luftzufuhr abschneidet und damit die Existenzgrundlage entzieht.

Zudem muss jeglichen Brandursachen rechtzeitig vorgebeugt werden. Und die Feuerwehr in diesem Sinne ist die Politik im Land, in der Bundesrepublik Deutschland. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“



Foto: Jens Büttner

Das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen heute

Minister Lorenz Caffier:

„Alle tragen Verantwortung für ein gewaltfreies Miteinander“

Foto: Uwe Balewski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! In der vergangenen Woche jährten sich zum 20. Male die ausländerfeindlichen Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen. Mit zahlreichen Veranstaltungen wurde an die schrecklichsten Ereignisse in der jüngeren Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns erinnert. Noch heute, genauso wie damals im Untersuchungsausschuss, empfinde ich angesichts von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gegen die Bewohner des Sonnenblumenhauses Scham und Abscheu.

Ich sage es ganz deutlich: Wir alle müssen uns schämen für das, was damals geschehen ist.

Wehrlose Menschen, die in unserem Land Schutz vor Verfolgung in ihrer Heimat suchten, wurden Opfer eskalierender Gewalt. Steine und Brandsätze flogen. Und nicht nur das – viele haben damals zugesehen, sogar applaudiert. Zivilcourage zeigten nur wenige. Fehlende Zivilcourage,

(David Petereit, NPD:

Das ist eine Frage der Wahrnehmung.)

fehlende Zivilcourage, meine Damen und Herren, ist das eine. Eine andere Sache waren die massiven Fehler, die damals vom Bund, vom Land und von der Stadt gemacht worden sind. Alle Verantwortlichen haben versagt – die Polizei ebenso wie die Ausländerbehörde [...]. Richtig ist, die Behörden, auch die Polizei, hatten vor 20 Jahren keine Erfahrung im Umgang mit derartigen Situationen. Damit aber die Untätigkeit erklären zu wollen, ist ein untauglicher Versuch. Die Asylbewerberinnen und Asylbewerber brauchten Hilfe in Lebensgefahr. Da kann sich und darf sich niemand hinter Vorschriften verstecken.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche hatte ich [...] Sorge, wie wohl das Wochenende verlaufen würde. Viele Demonstrationen waren angemeldet, der Bundespräsident war zu Gast, und in den einschlägigen extremistischen Internetforen wurde mobilisiert. Wird es friedlich bleiben?

„ Wir alle müssen uns schämen für das, was damals geschehen ist. “

[...] Heute kann ich erleichtert sagen, dass es bis auf wenige Zwischenfälle friedliche Veranstaltungen gegeben hat.

Die Rostocker und ihre Gäste haben ein friedliches Zeichen gegen Gewalt und gegen Fremdenhass gesetzt, das bundesweit Beachtung fand. Sie haben gezeigt, dass alle Verantwortung für ein gewaltfreies Miteinander in unserer Gesellschaft tragen, und sie haben gezeigt, dass die Demokratie dem Extremismus die Stirn bietet. Heute, und davon bin ich persönlich fest überzeugt, würden sich die Übergriffe von 1992 nicht wiederholen.

Was geschehen ist, wird und wurde aufgearbeitet. Wir haben gemeinsam aus den Konsequenzen gelernt. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören heute selbstverständlich zu Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Wir Deutsche lernen von ihnen ebenso wie sie von uns. Wir leben gemeinsam und können stolz auf dieses Miteinander sein. Aber, und auch das gehört zur Wahrheit, in Mecklenburg-Vorpommern leben im Vergleich zu anderen Bundesländern nur wenige Menschen mit ausländischen Wurzeln.

(Udo Pastörs, NPD: Was für ein Glück!)

Ich rechne aber damit, dass sich ihr Anteil in Zukunft erhöhen wird. Dafür brauchen wir uns nur die gegenwärtige Situation in den Krisengebieten der Welt anzuschauen, beispielsweise die schrecklichen Ereignisse in Syrien. Hier flüchten täglich viele Tausende Menschen. Ebenso ist es in Afghanistan, und auch im Kosovo ist die Lage nicht wirklich befriedet.

Die Asylbewerberzahlen steigen wieder an. Im Jahr 2011 haben wir [...] fast 1.000 Frauen und Männer aufgenommen,



Foto: Jens Büttner

Das Sonnenblumenhaus 1992 nach den Ausschreitungen

nachdem sich die Zahl in den vergangenen Jahren immer um die 500 bewegt hat. Selbstverständlich müssen diese Menschen vernünftig integriert und untergebracht werden.

Es erfüllt mich mit großer Sorge, dass die Abgeordneten der NPD hier in der Fragestunde gleich wissen wollen, wo [...] die neuen Unterkünfte im Landkreis eingerichtet werden und was sie kosten. Brauchen Sie diese Informationen für Ihre Hetzpropaganda? [...]

Meine Damen und Herren, die Reaktionen von der Fensterfront zeigen, wir sind beim Thema ‚Demokratie und Toleranz‘ auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

Deswegen gilt, wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen und müssen jeglichen extremistischen Umtrieben den Riegel vorschieben. Dazu gehört auch, wie eingangs schon erwähnt, ein NPD-Verbot.

Die Betonung liegt aber [...] auf ‚jeglichen extremistischen Bestrebungen‘ – von rechts ebenso wie von links.

Genauso, wie es falsch ist, gegen Ausländer zu hetzen, ist es falsch, [...] eine Eiche, die als Zeichen des Friedens gepflanzt wurde, abzusägen.

Für das Fällen eines frisch gepflanzten Baumes auf der Basis von fadenscheinigen, pseudohistorischen Begründungen bringe ich keinerlei Verständnis auf. Die sich selbst bezichtigenden Extremisten aus dem offensichtlich linksautonomen Spektrum bewiesen damit, dass sie selbst nicht demokratiefähig sind. Auch das gehört dazu. Deswegen wird der Aufarbeitungsprozess weitergehen – und es ist richtig, dass wir den Landtag nutzen, um hier an die Ereignisse von vor 20 Jahren zu erinnern.

Es gibt also noch viel zu tun. In diesem Sinn lassen Sie uns 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen Erinnerung und Mahnung gleichzeitig sein! Ereignisse wie damals dürfen sich in Mecklenburg-Vorpommern nie [...] wiederholen!“

Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenauszügen in den Landtags-Nachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Außerdem wurde wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages.

www.landtag-mv.de

(Mediathek/Parlamentsdokumente/Plenarprotokollauszüge)

Ralf Mucha, SPD:

„Nicht Verdrängung, sondern Aufarbeitung und Prävention“



Foto: Uwe Bielewski

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die [...] schrecklichen Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen gehören ohne Zweifel zu den schlimmsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegsgeschichte [...]. Die schockierenden Bilder vom brennenden Sonnenblumenhochhaus, von der aufgebrachten Menge, vor allem aber die Bilder von den in den brennenden Häusern gefangenen panischen Menschen lösen auch zwei Jahrzehnte danach noch Entsetzen und Bestürzung aus. Die menschenverachtenden Randalen wirken bis heute nach und gehören ebenso wie die damaligen Ereignisse in Solingen, Mölln und Hoyerswerda zu einer Kette von Katastrophen, die niemals hätten passieren dürfen.“

Diese Vorgänge zeigen auch, welche furchtbaren Folgen ausländerfeindliche Hetze, zu geringer ziviler Widerstand und behördliches Versagen haben. Es gibt hierfür keine Entschuldigung. Der Widerstand hätte energischer und konsequenter sein müssen. [...]

Wenn man sich die Vorgeschichte der Ausschreitungen ansieht, dann wird klar, dass man diese nicht nur hätte voraussehen, sondern auch verhindern können und müssen. Von Teilen der Politik und in den Boulevardmedien war Mitte der 1980er Jahre eine aggressive Stimmung gegen Asylbewerber geschürt worden. Diese bereitete den Nährboden für die Rostocker Übergriffe.

Die Unionsparteien im Bund hatten eine Kampagne gegen den sogenannten Asylmissbrauch gestartet und strebten eine Änderung des Gesetzes an, um das Grundrecht auf Asyl einzuschränken. Die DVU und andere Rechtsradikale heizten die Stimmung mit Parolen wie ‚Deutschland den Deutschen‘, ‚Ausländer raus‘ oder ‚Das Boot ist voll‘ weiter an. Das Bild vom vollen Boot wurde bereitwillig von den Medien – von Spiegel bis BILD – aufgegriffen. Auch hier im Land steuerten die Medien ihren Teil dazu bei, indem sie

„ Ich bin traurig darüber, dass wir und ich es 1992 nicht geschafft haben, Asylsuchenden zu ihrem Recht auf Unversehrtheit zu verhelfen. „

über ‚möwengrillende Sinti und Roma‘ berichteten und rassistische Leserbriefe und Aufrufe abdruckten.

Verschärft wurde die Situation durch einen starken Anstieg der Zahl von Asylsuchenden nach der Wiedervereinigung. [...] Kurze Zeit nach Eröffnung war die Zentrale Aufnahmestelle im Rostocker Sonnenblumenhaus bereits restlos überfüllt.

Und hier setzt das ein, was man mit Fug und Recht ein Versagen des Rechtsstaates nennen kann, denn anstatt die Asylbewerber anderswo menschenwürdig unterzubringen, passiert rein gar nichts. Die Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden in Rostock und auf Landesebene ist eine einzige Katastrophe. Etwa 400 Menschen müssen draußen kampieren, haben keine sanitären Einrichtungen zur Verfügung und werden kaum von Sozialarbeitern betreut.

Die in Lichtenhagen ansässige einheimische Bevölkerung ist zuerst entsetzt und dann wütend. Ihr liebevoll gepflegtes Zuhause verändert innerhalb weniger Wochen seinen Charakter, wird schmutzig, unwirtlich, man fühlt sich bedroht von den Fremden. Beschwerden der Anwohner werden von der Stadt ignoriert. Ein Stadtteil und die dort lebenden Menschen sind total überfordert, ebenso wie die Flüchtlinge, die gezwungen sind, dort unter menschenunwürdigen Umständen zu leben.

Als die Krawalle vor dem Sonnenblumenhaus am Samstag, dem 22. August 1992, beginnen, stehen 1.000 aufgebracht Anwohnern und 200 Nazis zunächst nur 35 schlecht ausgerüstete Polizisten gegenüber. Nach bundesweiten Aufrufen in der rechtsextremen Szene kommen Neonazis aus der ganzen Republik nach Rostock-Lichtenhagen, um die Wut der Anwohner für ihre Zwecke zu nutzen. Die NPD feiert bis heute die fremdenfeindlichen Ausschreitungen als sogenannten ‚Volksaufstand‘. Wie erbärmlich!

Erst am Montag, dem 24. August 1992, werden die Asylsuchenden evakuiert, aber rund 120 Vietnamesen und Deutsche bleiben zurück. Sie werden am gleichen Abend Opfer eines wütenden Mobs, der ihr Haus in Brand steckt und zwei Stunden lang verhindert, dass die Feuerwehr mit ihren Löscharbeiten beginnen kann. Die Vietnamesen, einst als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen, hatten eigentlich gar nichts mit der akuten Unterbringungsproblematik zu tun. Sie wurden Opfer des geschürten sogenannten ‚Volkszorns‘, allein deswegen, weil sie Fremde waren. Hier kann man nur sagen: Wir sind alle Ausländer – fast überall. [...]

Die Bilder dieses totalen Staatsversagens gehen um die Welt. Mecklenburg-Vorpommern hat seitdem mit dem Ruf zu

kämpfen, Hochburg des Fremdenhasses und No-go-Area für Ausländer zu sein.

Wenn man bedenkt, dass die deutsche Polizei nur wenige Tage später eine linke Gegendemonstration von 3.000 Beamten eskortieren ließ, um so gewalttätige Ausschreitungen verhindern zu können, stellt sich mir die Frage: Warum wurden die Flüchtlinge und Vertragsarbeiter im und vor dem Sonnenblumenhochhaus nicht ebenfalls von 3.000 Beamten vor den Randalierern geschützt?

Die zweite Frage, die sich mir stellt, ist die, ob der manifeste Fremdenhass der Bewohner von Lichtenhagen ein typisches deutsches Phänomen war oder ist. Ich bin immer noch entsetzt, wenn ich mir die Bilder von ganz normalen Bürgern aus meinem Stadtteil in Erinnerung rufe, die grölen und jubeln angesichts von Menschen in Todesangst.

Eine Ursache liegt sicherlich in der Frustration vieler, die nach der Euphorie der Wiedervereinigung auf den harten Boden der Realität gekommen waren und mit Arbeitsplatzverlust und Existenzängsten zu kämpfen hatten. Lichtenhagen war damals ein Stadtteil mit über 20.000 Einwohnern, von denen mehr als 17 Prozent arbeitslos waren. Offenbar war es nur ein kleiner Schritt, bis Wut, Angst und Verunsicherung in blinde Gewalt gegen Fremde umschlugen. [...]



Foto: Jens Büttner

Zum Gedenken an die fremdenfeindlichen Übergriffe wurde am 26. August 2012 am Sonnenblumenhaus eine Friedenseiche gepflanzt, die von Linksextremen nur wenige Tage später abgesägt wurde.

Am 31. August 1992 versammelten sich über 20.000 Menschen in Rostock-Lichtenhagen und setzten somit ein klares Signal. Es war der Beginn eines enormen zivilgesellschaftlichen Engagements, welches bis heute ein attraktiver und prägender Teil der Stadt Rostock und der Zivilgesellschaft ist.

Eines haben mittlerweile aber auch die meisten der Damaligen begriffen: Die sogenannte ‚Volksgemeinschaft‘, die die Nazis als Gegenmodell zu einem weltoffenen und toleranten Mecklenburg-Vorpommern programmieren, ist ein Trugschluss. Wo Diktatur herrscht, kann sich niemand sicher fühlen – egal, ob Ausländer oder Inländer.

Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Lichtenhagen stehen nicht für ganz Deutschland, auch nicht für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt vor allem die anderen Deutschen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen. Eine wichtige Voraussetzung dafür war und ist die Bereitschaft zur Reflexion und Aufarbeitung der Geschehnisse. [...]

Heute widmen sich 40 Vereine mit über 100 Projekten der Integration und dem friedlichen Zusammenleben aller Menschen, ganz gleich, welcher Herkunft sie auch sein mögen. Die breit angelegte Initiative ‚Lichtenhagen bewegt sich – Gemeinsam füreinander‘ und viele weitere Engagierte arbeiten seit über einem Jahr in Vorbereitung des 20. Gedenktages die traumatischen Ereignisse von 1992 gemeinsam mit den Einwohnern und Einwohnerinnen aus Lichtenhagen auf [...]

Lichtenhagen ist ein Stadtteil, der sich seit 1992 sehr positiv entwickelt hat. Wir haben zurzeit wieder einen Zuwachs der Bevölkerung zu verzeichnen. Im Stadtteil leben heute fast 14.000 Menschen in voll sanierten Wohnungen. Dennoch bleiben die Ereignisse von 1992 eine Warnung, immer wachsam zu bleiben. [...] Viele Rostocker Initiativen leisten eine vorbildliche Arbeit auf diesem Gebiet. Dazu zählen unter anderem der Migrantenbeirat der Hansestadt Rostock, der vietnamesisch-deutsche Verein Diên Hồng, der sich nach den Ereignissen von 1992 gründete und bis heute ein Geschenk für die Stadt und die Zivilgesellschaft ist, die Bürgerinitiative ‚Bunt statt braun‘, der Verein Migra oder das Aktionsbündnis ‚Endstation Rechts‘.

Von dieser Stelle aus möchte ich in meinem Namen allen an diesen und ähnlichen Projekten Beteiligten meinen besonderen Dank aussprechen.

Die vor einem Jahr gestarteten Initiativen zeigen nach meiner festen Überzeugung sehr authentisch, dass es bei uns, bei diesem 20. Jahrestag, nicht um Verdrängung geht, sondern um Aufarbeitung und Prävention.

Ein Höhepunkt war neben der Gedenkveranstaltung der Hansestadt Rostock in der Hochschule für Musik und Theater die Gedenkveranstaltung in Lichtenhagen mit unserem Bundespräsidenten Joachim Gauck und die Baumpflanzung, versehen mit einer Inschrift aus Artikel 1 der Menschen-

rechtskonvention, ich zitiere: ‚Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.‘ Nach meiner Überzeugung liegt der Wert dieses Mahnmals gerade auch darin, dass er als Teil eines Aufarbeitungsprozesses aus der Mitte der Bevölkerung vor Ort erwachsen ist. Leider haben in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch linke Extremisten den Gedenkbaum abgesägt. Bäume haben keine Nationalität. Das Abholzen war kein Zeichen von Demokratie und Toleranz. [...]

Mit der öffentlichen Entschuldigung der Rostocker Bürgerschaft am 22. August 2012 ist ein wichtiger und richtiger Schritt gemacht worden. Die lückenlose Aufklärung der damaligen Ereignisse und Verantwortlichkeiten ist hingegen noch immer nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Hier besteht immer noch Nachholebedarf.

So wird die Initiative ‚Lichtenhagen bewegt sich – Gemeinsam füreinander‘ auch über den 20. Jahrestag hinaus bestehen bleiben und weiter an der Prävention und Aufarbeitung der Ereignisse arbeiten. Der Ortsbeirat von Lichtenhagen hat auf Anregung von ehemaligen Gastarbeitern einen Antrag an den Oberbürgermeister und die Bürgerschaft zur Errichtung einer Gedenkstätte in der Hansestadt Rostock gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einem weltoffenen und toleranten Deutschland haben Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen zu uns kommen, ein Anrecht auf Unversehrtheit, darauf, dass wir ihr Leben und ihre Gesundheit schützen. Ich bin traurig darüber, dass wir und ich es 1992 nicht geschafft haben, ihnen zu diesem Recht zu verhelfen. Ich bin aber zugleich zuversichtlich, dass sich dieser Teil unserer Geschichte nicht wiederholen wird, denn wir Demokraten werden gemeinsam dafür sorgen, dass wir uns nie wieder bei den Opfern rassistischer Gewalt für solche Art Übergriffe entschuldigen müssen. [...]

Ich möchte meinen Redebeitrag mit einem Auszug aus der Rede unseres Bundespräsidenten beenden: ‚Wir versprechen euch, wir fürchten euch nicht. Wo ihr auftrittet, werden wir euch im Wege stehen. Wir sind stark! Unsere Heimat kommt nicht in braune Hände!‘
Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

*(lang anhaltender Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Abstimmung

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Die Fraktion der NPD stimmte dagegen.

Beschluss des Landtages Drucksache 6/1029

Michael Andrejewski, NPD:

„Jedem normalen Bürger hängt das Thema zum Halse heraus“

Foto: Cornelius Kertler



„Meine Damen und Herren, das schöne Bild der ganzen Lichtenhagen-Medienkampagne zeigte eine einzelne Frau, die auf einem Balkon stand und klatschte, alle anderen Balkone des Blocks waren leer, und der Propagandasprecher des Fernsehens sagte dazu in seinem Kommentar: ‚Ganz Lichtenhagen klatscht‘ –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

nicht? –, und zwar zu einer Bemerkung, die Gauck von sich gegeben hatte. Ein solcher handwerklicher Fehler wäre dem DDR-Fernsehen nicht passiert. Die manipulierten deutlich professioneller [...] Es fehlten nur noch die Wandzeitung und die Volkstribunale [...]

Jedem normalen Bürger hängt das Thema Lichtenhagen mittlerweile zum Halse heraus [...]

„ Sie sollten lieber in Sack und Asche gehen und Ihr damaliges Versagen bekennen, als sich hier aufzublasen. „

Zum Pech des Herrn Innenministers, der hier gerade noch fabulierte, es sei ja alles so friedlich verlaufen [...] hat die Schweriner Volkszeitung [...] ausgerechnet heute Folgendes über die friedlichen Demonstrationen geschrieben, ich zitiere: ‚Nach Zeugen-Aussagen wurden im Lidl-Markt direkt beim Lichtenhagener Sonnenblumenhaus massiv Kunden belästigt, Waren aus den Regalen genommen und geöffnet.‘ Und: ‚Die eingesetzten Konfliktteams der Polizei wurden von den Autonomen beschimpft, bespuckt, getreten und geschlagen, so dass sie den Einsatz abgebrochen und sich zurückgezogen haben.‘ Das war der friedliche Protest von Lichtenhagen, den Sie für so großartig halten! [...]

Sie sollten lieber in Sack und Asche gehen und Ihr damaliges Versagen bekennen, als sich hier aufzublasen [...]

Wer war denn damals verantwortlich für das Versagen? Ich nenne mal die Namen und die Parteibücher: Bürgermeister Kilimann (SPD), Innensenator Magdanz (CDU), Landesinnenminister Kupfer (FDP), Ministerpräsident Seite (CDU), Bundesinnenminister Schäuble (CDU). Ich würde Ihnen raten, bringen Sie an dem Sonnenblumenhaus eine Tafel der Versager an mit diesen Namen, und es wäre auch gar nicht schlecht, wenn die mal zur Verantwortung gezogen würden. [...]

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Kein Platz für Rassismus und Rechtsextremismus“



Foto: Uwe Balowski

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal, Herr Mucha, möchte ich Ihnen sehr danken für die Rede, weil ich glaube, Sie haben im Sinne und im Geiste vieler hier, zumindest der Demokraten aus diesem Parlament, gesprochen. [...]

Bis heute machen uns die Ereignisse [...] von Rostock-Lichtenhagen fassungslos. Vom 22. bis zum 26. August 1992 [...] wurden dort ein Flüchtlingsheim und ein Wohnheim für vietnamesische Arbeiter/-innen belagert und angegriffen, und dies geschah unter dem Beifall von mehreren Tausend Schaulustigen. Gewalt und Ausgrenzung prägten in diesen Tagen das schreckliche Bild, und die breite gesellschaftliche Zustimmung zahlreicher Anwohner/-innen im Umgang vor allem mit den gewaltbereiten Nazis erschüttert uns bis heute. [...]

„ Normalisierungstendenzen menschenfeindlicher Einstellungen darf kein Raum gelassen werden. „

Die positive Seite dieser Ereignisse war aus meiner Sicht, dass bereits am 27.08. nach dem Aufruf des Neuen Forums zwei-, vielleicht dreitausend Menschen sich auf dem Uni-Platz in Rostock versammelt haben, um ihrem Protest und ihrer Anteilnahme Ausdruck zu geben. Das war damals der Beginn einer Aufarbeitung und einer Auseinandersetzung mit den Ereignissen, und ich glaube, dass [...] aus den zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen, die sich dann gefunden haben [...] eine gesellschaftliche Entwicklung entstanden ist, die in der Tat verhindert, dass sich derartige Ereignisse heute noch einmal wiederholen würden.[...]

Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt sind auch 20 Jahre nach den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen weiter in ganz Deutschland präsent. Ich möchte hier an dieser Stelle betonen, dieses ist kein Rostocker Problem, dieses ist kein Problem in Mecklenburg-Vorpommern, sondern dies ist ein gesamtdeutsches Problem.

Es ist zum einen wichtig, die Ereignisse von damals vollständig aufzuarbeiten und öffentlich an sie zu erinnern. Zum andern muss jeder Form von Rechtsextremismus und Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft tagtäglich entgegengetreten werden. Normalisierungstendenzen menschenfeindlicher Einstellungen darf kein Raum gelassen werden. Dabei muss uns bewusst sein, für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Menschenfeindlichkeit und Gewalt sind starke zivilgesellschaftliche Strukturen und kontinuierliche Beratungs- und Bildungsangebote unbedingt erforderlich. [...]

Ein wirksamer Kampf gegen Rechts ohne zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz ist nicht denkbar. Deshalb ist für uns auch nicht nachvollziehbar, warum heute Initiativen durch die so genannte Extremismusklausel gegängelt und unter Generalverdacht gestellt werden. [...]

Aber ich glaube, das Kernproblem ist in der Tat nicht die Aufarbeitung derartiger Geschehnisse, sondern [...] wir müssen weiterhin sensibel sein für den Blick in die Gesellschaft. [...]

Und ich will an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen [...]: Einer unserer wesentlichen Beiträge in diesem Landesparlament ist der gemeinsame Weg der Demokraten, der Schweriner Weg. [...] Dass wir ihn entschlossen gehen, [...] mit viel Vertrauen untereinander gehen, wird dazu beitragen, dass wir denjenigen, die ausländerfeindlich und rechtsextrem sind, deutlich entgegenhalten: die Demokraten treten für dieses demokratisch verfasste System ein, und wir machen keinen Platz für diejenigen, die Rassismus und Rechtsextremismus propagieren. Dieses ist eine deutliche Botschaft, die immer wieder von diesem Parlament ausgehen muss. – Ich danke Ihnen.“

Michael Silkeit, CDU:

„Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt eine Absage erteilen“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den Ausführungen des Herrn Andrejewski habe ich auf jeden Fall mitbekommen, dass die Baustelle ‚Aufarbeitung Lichtenhagen, Aufarbeitung rechts, Aufarbeitung Rassismus‘ noch lange nicht geschlossen werden kann und wir hier wohl noch ein sehr großes Programm haben werden.

(Udo Pastörs, NPD: Tja, da ist noch ein Riesenberg abzuarbeiten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zahlreiche Veranstaltungen erinnerten in den letzten Tagen an die Ereignisse vom August 1992 und damit an die schlimmsten ausländerfeindlichen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegsgeschichte.

„Die Geschehnisse vor 20 Jahren dürfen nicht ausgeblendet oder gar vergessen werden.‘ Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur eine sehr knappe Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion der Landeszentrale für politische Bildung vergangene Woche in Rostock, sondern auch meine innere Überzeugung. Wer im August 1992 wie ich vor Ort war, der kann zu keinem anderen Ergebnis kommen. Wer die Hass- und Gewaltattacken erleben musste; die traurige Erfahrung machte, dass immer dort, wo Menschenwürde nichts mehr gilt, auch Menschenleben nichts mehr wert sind, der ist für immer geprägt. Am allerschlimmsten übrigens waren diejenigen, die schwiegen, oder diejenigen, die wegsahen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rostock-Lichtenhagen steht nicht nur für die schlimmsten ausländerfeindlichen Gewaltexzesse der Nachkriegszeit, sondern ist auch ein trauriger und leider nur vorläufiger Höhepunkt einer Vielzahl von Gewaltakten gegen Ausländer in Deutschland.

Die Gewalt erfuhr nach Rostock-Lichtenhagen eine neue Qualität, sie erhielt eine neue Dimension.

Der damalige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Klaus Steffenhagen stellt im Dezember 1992 fest: ‚Wie eine Seuche haben sich Anschläge auf Ausländer ausgebreitet. Es hat Tote gegeben. 16 Menschen wurden in diesem Jahr‘ – also im Jahr 1992 – ‚Opfer eines sinn- und hirnlosen Hasses. Hoyerwerda und Hünxe, Rostock und Mölln: Wie eine blutige Spur zieht sich die Gewalt gegen ausländische Mitbürger durch das ganze Land. Nach den Brandanschlägen in Rostock ist die Gewalt geradezu explodiert.‘

Es gilt, die damaligen Ereignisse ‚immer wieder zu betrachten, zu analysieren, um aus den Fehlern und Versäumnissen ... zu lernen‘, so unser Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich einer Gedenkfeier in Lichtenhagen. Der Innenminister und meine anderen Vorredner – mit einer Ausnahme – haben bereits ausführlich ihre Erinnerungen und Sichtweisen auf die Ausschreitungen von Lichtenhagen dargelegt.

„ Für mich steht Lichtenhagen leider auch für eine neue Qualität der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. „

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte, Ihnen einen weiteren Aspekt Lichtenhagens in Erinnerung zu rufen, der häufig ausgeblendet oder höchstens peripher behandelt wird. Ich spreche von den über 200 Polizistinnen und Polizisten, die während der gewalttätigen

Auseinandersetzungen vor dem Rostocker Sonnenblumenhaus auch zum Teil schwer verletzt wurden. Ich denke, nur weil gravierende Fehler der Polizeiführung gemacht wurden – und das muss hier deutlich hervorgehoben werden –, dürfen wir nicht einfach ausblenden, dass Polizistinnen und Polizisten im Hagel der Steine und Molotowcocktails standen und ihr Leben und ihre Gesundheit riskierten.

Ein Skinhead beschrieb in den Lübecker Nachrichten damals die Strategie wie folgt: ‚Erst müssen wir den BGS platt machen, dann können wir das Heim stürmen.‘ Aber es war ja nicht nur der BGS, der dort stand. Es standen da ehemalige Volkspolizisten ohne Körperschutzausstattung – wie die Frisöre. Ich erinnere allein an die Brücke zur S-Bahn. Ich habe noch die Funkprüche eines Polizeiführers eben da auf dieser Brücke im Ohr, der immer wieder nach 16 Stunden Dienst verzweifelt nach Verstärkung rief. Und ich sehe die Täter zwischen der jubelnden Menge, zwischen den jubelnden Zuschauern verschwinden.

Für mich persönlich steht Rostock-Lichtenhagen leider auch für eine neue Qualität der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Die Gewalt gegen Polizisten hat sich seitdem in Deutschland ebenfalls vervielfacht. Auch die ständige Erinnerung daran, denke ich, ist im Sinne des Appells unseres Bundespräsidenten.

Ich bin froh, dass wir mit unserer heutigen Entschließung Rostock-Lichtenhagen als Mahnung und Verpflichtung empfinden. Ich bin auch froh darüber, dass wir Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt eine Absage erteilen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“



Gedenktafel in Rostock-Lichtenhagen

Foto: s. Jens Büttner

Nachhaltiger Tourismus

Landtag bei Ostseeparlamentarierkonferenz
in Sankt Petersburg vertreten

Bei der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz hat die Landtagsdelegation unter der Leitung der 3. Vizepräsidentin Silke Gajek weitreichende Verhandlungserfolge erzielt. Bereits in den Entwurf einer Resolution waren eine Reihe von Positionen des Landtages auf Anregung von Präsidentin Sylvia Bretschneider aufgenommen worden. Im Rahmen intensiver dreitägiger Verhandlungen konnten weitere Anliegen des Landtages gemeinsam mit den anderen deutschen Delegationen durchgesetzt werden.

Dabei ging es vor allem darum, Bildung, Forschung und Entwicklung zu ökologischem Wachstum und Energieeffizienz zu fördern und politische Anreize und innovative Finanzprogramme zu schaffen, um Pilotprojekte und Investitionen für Energieeffizienzmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Auf Vorschlag des Landtages hatte Prof. Dr. Mathias Feige – der auch die Tourismusstrategie des Landes mitentwickelt hat – zum nachhaltigen Tourismus referiert. Auf dieser Grundlage räumte die Konferenz der Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus an Land und auf dem Meer Priorität ein.

Der Landtagsabgeordnete **Jochen Schulte** – Berichterstatter für maritime Politik im Auftrag der Ostseeparlamentarier – wies in seinem Bericht insbesondere auf die Probleme hin, die die Umstellung auf schwefelarmen Schiffstreibstoff für die Wirtschaft im Ostseeraum verursachen wird. Besonderes Augenmerk sei in diesem Zusammenhang der Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraumes zu widmen, die im globalen Wettbewerb gestärkt werden müsse.

Silke Gajek, 3. Vizepräsidentin des Landtages und Delegationsleiterin, zieht ein positives Fazit: „Der besondere Einfluss des Landtages im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz wird dadurch sichergestellt, dass dem Landtag wiederum Sondermandate durch die Ostseeparlamentarier übertragen wurden“, betont sie. Dazu gehöre das Beobachtermandat bei der ostseeweiten Regierungsorganisation HELCOM, das

Foto: www.bspc.net



Bei der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz Ende August in St. Petersburg berieten 200 Delegierte aus dem Ostseeraum, darunter auch eine Delegation des Landtages M-V, über ihre Zusammenarbeit bei der nachhaltigen Entwicklung der Ostseeregion.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider wahrnimmt, und dazu gehöre auch die Funktion des Berichterstatters für maritime Fragen, die der Abgeordnete Jochen Schulte ausübt. „Es ist einhellige Auffassung der gesamten Delegation, dass sich hoher Einsatz und intensive Arbeit lohnen, um die Interessen des Landes im Ostseeraum voranzubringen“, betont Silke Gajek.

Der Delegation des Landtages gehörten folgende Abgeordnete an: Vizepräsidentin Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Rudolf Borchert, Detlef Müller, Jochen Schulte (alle SPD), Wolf-Dieter Ringguth, Jürgen Seidel (beide CDU), Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE).

Neuausrichtung

Öffentliche Anhörung im Europaausschuss
zu den internationalen Aktivitäten des Landes

Die Landesregierung will die internationale und europäische Zusammenarbeit noch stärker in den Fokus ihrer Arbeit rücken. Hierzu hat sie auch organisatorische Änderungen vorgenommen – der entsprechende Bereich aus dem Wirtschaftsministerium ist jetzt direkt der Staatskanzlei zugeordnet. Der Europa- und Rechtsausschuss hat am 22. August Sachverständige zu dem Konzept der Landesregierung befragt.

In der öffentlichen Anhörung legten Vertreter der Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern, der Vereinigung der Unternehmensverbände, der Landesarbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern sowie eines Rostocker Unternehmens die Meinung der einheimischen Wirtschaft zu diesem Konzept dar.

Die Sachverständigen halten gerade die Stärkung der Zusammenarbeit mit Ostseeanrainerstaaten, wie Polen oder die skandinavischen Länder, für besonders wichtig. Das deutsche Entwicklungs-Knowhow, beispielsweise im Bereich der Energiewende, sei für osteuropäische Länder interessant; andererseits solle Fachkräftebedarf auch aus dem Ausland mit abgedeckt werden. Durch die Aktivitäten des Arbeitskreises „Außenwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern“ seien Firmen bereits erfolgreich auf internationalen Messen vertreten. Jedoch gebe es weiteres Entwicklungspotenzial, das durch Weiterbildung in den Betrieben, zum Beispiel Sprachkurse, ausgeschöpft werden könne. Auch ältere Arbeitnehmer seien bereit, neue Sprachen zu erlernen, berichtete ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern.

Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses **Detlef Müller** erklärte im Anschluss, dass er es als gutes Zeichen bewerte, dass der Ausschuss so viele positive Rückmeldungen zu diesem Vorhaben erhalten habe, da es für eine erfolgreiche Umsetzung auf die Akzeptanz und Beteiligung der Akteure im Land ankomme.

Konzept der Landesregierung Drucksache 6/752

Aktuelles Lagebild und Geschichte

Innenausschuss im Polizeipräsidium Neubrandenburg zu Gast

Am 13. September tagte der Innenausschuss auswärtig in Neubrandenburg. Im Rahmen der Informationsfahrt besichtigten die Abgeordneten das Polizeipräsidium. Besonders interessant war die Führung durch die moderne Einsatzleitstelle. Dort laufen die Notrufe über die Nummer 110 ein.

Der leitende Polizeidirektor des Polizeipräsidioms Neubrandenburg, Knut Abramowski, informierte den Ausschuss zudem über die Personalentwicklung innerhalb des Präsidiums Bereichs, das Verkehrslagebild und die polizeiliche Kriminalstatistik. In den letzten zwölf Jahren sei erfreulicherweise ein stetiger Rückgang der Fallzahlen und eine Steigerung der Aufklärungsquote festzustellen, so Abramowski. Der Interessenfokus lag bei den Mitgliedern des Landtages auch auf den Fragen zur grenzüberschreitenden Kriminalität. Seit 2007, dem Jahr der zweiten EU-Osterweiterung, sei ein jährlicher Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen gewesen. Auch die Aufklärungsquote der begangenen Straftaten sei konstant auf sehr hohem Niveau. Allerdings sei ein neuer Trend der grenzüberschreitenden Kriminalität erkennbar. Es komme vermehrt zu Diebstählen von Solarmodulen bzw. Beschädigungen in Windparks. Derartige Angriffe hätten im Jahr 2012 bereits einen hohen wirtschaftlichen Schaden verursacht. Trotzdem sei die Polizei der Problematik gewachsen und nicht zuletzt durch die intensive Zusammenarbeit

Foto: Landtag M-V



Der leitende Polizeidirektor des Polizeipräsidioms Neubrandenburg, Knut Abramowski (l.), hier mit dem Innenausschuss-Vorsitzenden Marc Reinhardt, informierte die Abgeordneten über die Polizeiarbeit in seinem Zuständigkeitsbereich.

mit den Kollegen der polnischen Polizei sowie der Bundespolizei und dem Zoll gut aufgestellt. Hinzu komme, dass unter Mitwirkung des Landeskriminalamtes die Betreiber der Energieanlagen geschult und zum Schutz der Anlagen entsprechende Standards entwickelt würden, erklärte der Polizeidirektor. Im weiteren Verlauf folgten die Abgeordneten der Einladung in die polizeihistorische Ausstellung im Polizeipräsidium. Unter fachkundiger Begleitung durch den Verein „Polizei im Wandel der Zeit e. V.“ hatten sie Zeit für Fragen und Diskussionen. Der Vorsitzende des Innenausschusses, **Marc Reinhardt**, zeigte sich erfreut darüber, dass sich, im Vergleich zum letzten Besuch in der vorangegangenen Wahlperiode, die Sammlung erweitert und entwickelt habe.

Umweltpreis des Landtages

Im kommenden Jahr vergibt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zum 13. Mal seinen Umweltpreis. Das Thema lautet: **„Initiativen zur Wiederherstellung zerstörter oder beeinträchtigter Flächen oder Flurelemente sowie Maßnahmen zur Verminderung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Flächen für anderweitige Nutzungen“**.

Hinter dieser langen und etwas sperrigen Überschrift verbergen sich im Grunde genommen zwei Schlagworte, die in den aktuellen Diskussionen zwischen Ressourcennutzern und Ressourcenschützern sowie in der Öffentlichkeit eine große Bedeutung haben: die Konkurrenzen bei der Flächennutzung und der Umgang mit sogenannten devastierten Flächen. Bundesweit gehen beispielsweise täglich rund 90 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche durch den Bau von Straßen, Wohnsiedlungen oder andere Eingriffe verloren. Den Verbrauch von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen drastisch einzudämmen, ist ein wichtiges Ziel der Landes- und der Bundespolitik. Am 22. Juni debattierte der Landtag auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD dieses Thema im Plenum und beschloss einen entsprechenden Handlungsauftrag an die Landesregierung.

In diese Zielstellung reiht sich das Thema des Umweltpreises 2012/2013 ein. Ziel ist es, herausragende Initiativen des Umwelt- und Naturschutzes zu würdigen, die weitere Arbeit der Preisträger zu fördern und durch die Bekanntmachung ihrer Projekte, Leistungen und Initiativen zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung beizutragen.

Bewerben können sich Einzelpersonen, Personengruppen, Verbände sowie juristische Personen. Insbesondere angesprochen sind Kommunen, Naturschutzverbände, Landschaftspflegeverbände, Schulen sowie wissenschaftliche Forschungseinrichtungen.

Der Umweltpreis des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist nach wie vor die einzige von einem Landesparlament vergebene Auszeichnung dieser Art in Deutschland. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert und wird in der Regel auf mehrere Preisträger verteilt.

Bewerbungsschluss: 1. März 2013

Weitere Informationen: www.landtag-mv.de
Sekretariat des Agrarausschusses, 0385/525-1560,
agrarausschuss@landtag-mv.de

Mit Herzenswärme Geschichte erlebbar machen

Batsheva Dagan aus Israel Gast
beim 15. Schlossgespräch des Landtages

Foto: Uwe Balewski



Seit zehn Jahren reist die Jüdin Batsheva Dagan regelmäßig aus ihrer Heimat Israel nach Schwerin. Sie tut es gern. Sie mag die Stadt und ihre Einwohner. Das spürt man. Und das ist keine Selbstverständlichkeit. Denn mit der Stadt der sieben Seen verbinden sich für sie auch schlimme Erinnerungen.

War hier doch vor genau 70 Jahren eine der ersten Stationen auf ihrem schier unvorstellbaren Leidensweg. Sechs Jahrzehnte später – 2002 – kam sie erstmals auf Einladung des Landtages wieder, um jungen Menschen davon zu berichten. „Ihr werdet die Zeugen der Zeugen sein. Ihr werdet die Geschichte weiter erzählen. Das ist meine große Hoffnung“, sagt die Frau, die 1925 als Isabella Rubinstein im polnischen Lodz geboren wurde und erst nach dem Krieg ihren heutigen Namen annahm. Sie sagt es auch den Schülerinnen und Schülern des Schweriner Sportgymnasiums, die sich mit rund 80 weiteren Gästen am 12. September zum 15. Schlossgespräch im Plenarsaal des Landtages eingefunden haben.

Die jungen Leute hören aufmerksam zu. Sie erfahren von jener dreistöckigen Villa am Ostorfer See, in der Batsheva Dagan einst als Zwangsarbeiterin eine nationalsozialistische Familie bedienen musste. Der Vater war Präsident des Landgerichts. Er, die Mutter, die Oma, beide Kinder – alle treue Nazis, die eifrig marschierten, wenn der Führer rief. Dessen gerahmtes Porträt abzustauben, gehörte für das Dienstmädchen Isabella zu den alltäglichen Aufgaben. Antisemitische Beschimpfungen waren an der Tagesordnung in der gutbürgerlichen Familie. Die allerdings nicht ahnte, dass ihr 16-jähriges Dienstmädchen selbst Jüdin ist. War sie doch mit Papieren eingereist, die ihr eine „arische“ Polin überlassen hatte. Die Familie glaubte, Isabella sei fromme Katholikin.

Das war 1942. Zu diesem Zeitpunkt – sie war etwa so alt wie die Schüler im Saal – hatte sie schon verloren, was ihr am allerwichtigsten war: ihre eigene Familie. Fünf ihrer älteren Geschwister waren nach Russland geflohen, um dem Ghetto von Lodz zu entkommen. Isabella, zwei ihrer Schwestern und die Eltern fanden Zuflucht



Foto: privat

bei Verwandten in Radom bei Warschau. Aber 1941 werden auch dort alle Juden in ein Ghetto gepercht. Die wenigsten erleben das Kriegsende. Ihre Eltern und die ältere Schwester Genia werden nach Treblinka deportiert und in den Gaskammern ermordet. Genia, die Schöne mit den blauen Augen. Die kleine Schwester Sabina, die bei einem Fluchtversuch aus dem Ghetto erschossen wird. Batsheva Dagan zeigt die frühen Familienfotos, die sie nach dem Krieg von Angehörigen und Freunden bekommen hat. Das Leid bekommt Gesichter. Nur vier Geschwister aus der einst großen Familie Rubinstein überlebten das Nazi-Regime.

Isabella konnte sich in Schwerin nicht sicher fühlen. Nach einigen Monaten flog ihre Tarnung auf. „Die Denunziation kam aus Polen. Manche wussten, dass ich nach Deutschland gegangen war“, berichtet sie. Die Gestapo verhaftete sie. Die folgende Odyssee durch sechs Gefängnisse, darunter Schwerin, Güstrow und Neubrandenburg, endet schließlich 1943 im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Die Schüler haben die junge Isabella vor Augen, wenn die 87-Jährige berichtet, wie sie bei ihrer Aufnahme ins Lager von einer „Frau in einen Häftling verwandelt“ wurde: die Haare abgeschoren, die Kleidung weggenommen, die Nummer auf den Arm tätowiert. Sie berichtet von Erniedrigungen, den alltäglichen Demütigungen. Und von den todbringenden Selektionen des unmenschlichen SS-Arzttes Josef Mengele. Es sind ganz persönlichen Erinnerungen, die sich wie Mosaiksteine in die Geschichte jener Epoche fügen und sie wohl erst so nachvollziehbar machen für die jungen Leute von heute.

Doch Batsheva Dagan spricht auch von den Menschen, ohne die sie sicher nicht überlebt hätte. Von ihrer Cousine Alunia zum Beispiel, die sie zufällig im Lager trifft und die zu ihrem Schutzengel wird. Oder von der belgischen Insassin, die ihr Französisch beibringt. Ohne Lehrbuch, nur über das gesprochene Wort. Aber auch von dem SS-Offizier, der sie in einem Moment der Gnade vor der Selektion bewahrt. Von den kleinen Lichtblicken, die ihr immer wieder Hoffnung gaben. Von den Spuren der Menschlichkeit, ohne die das Grauen nicht zu ertragen gewesen wäre.

Schuldgefühle hervorzurufen, ist nicht ihr Anliegen. „Schaut hinter die Dinge“, mahnt sie die Jungen und Mädchen. „Und sagt ‚nein‘, wenn ihr Unrecht seht.“



Fotos: Uwe Balewski



Valeriy Bunimov von der jüdischen Gemeinde Schwerin und Landesrabbiner William Wolff begrüßen Batsheva Dagan.

Landtagsvizepräsidentin Silke Gajek, die Batsheva Dagan zu der Veranstaltung im Schloss willkommen heißt, drückte es mit den Worten des Philosophen George Santayana aus: „Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“

Die Schüler scheinen das zu verstehen. „Mein Urgroßvater ist im KZ gestorben“, sagt ein Mädchen. „Mein Großvater hat mir davon erzählt“. Und es fügt hinzu: „Wir haben Ihre Gedichte im Deutschunterricht durchgenommen. Das hat mich tief berührt.“

Gedichte und Geschichten zu schreiben – das ist Batsheva Dagens Art, die Schoah zu verarbeiten. Und nachfolgende Generationen für das Thema zu sensibilisieren. Menschen nicht zu Hass, sondern zur Liebe zu erziehen, hat die Psychologin, die als Gastdozentin von New York bis Yad Vashem unterwegs war, einst zu ihrem Beruf gemacht. Es scheint für die zehnfache Großmutter auch Berufung zu sein. Geschichte erlebbar machen, indem sie aus ihrem Leben erzählt. Ohne Verbitterung. Ohne Vorwurf. Mit großer Herzenswärme, mit der sie Herzen erobert. Ganz offensichtlich auch die ihrer Zuhörer beim Schlossgespräch.



Vizepräsidentin Silke Gajek dankt Batsheva Dagan für ihren bewegenden Bericht.

Gesegnet sei die Phantasie, verflucht sei sie!

Gesegnet sei die Phantasie,
verflucht sei sie!

Sie machte mich fast verrückt,
sie provozierte, bedrohte und erzürnte,
sie versetzte mich in Spannung und Furcht.

Aber manchmal
gelang es mir zu entkommen.
In eine andere, schöne, bessere Welt.

Aus dem Buch von Batsheva Dagan:

„Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie.“

Erinnerungen von „Dort“

ISBN 3-936411-70-0

Bleiben statt blubbern!



Jugend im Landtag vom 11. bis 15. November

Vom 11. bis 15. November heißt es zum achten Mal: Jugend im Landtag. 80 junge Leute aus dem ganzen Land kommen ins Schweriner Schloss, um miteinander und mit den Landtagsabgeordneten über ihre Wünsche, Vorschläge und Forderungen zu diskutieren. Das gemeinsame Beteiligungsprojekt von Landesjugendring und Landtag steht diesmal unter dem Motto „Bleiben statt blubbern!“

„Zum Blubbern gehört nicht viel. Das ist einfach. Bleiben ist für die jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nach der Schule, nach Abitur oder Ausbildung schon deutlich schwieriger“, begründet Yvonne Griep, Koordinatorin der Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings, das diesjährige Motto. Blubbern helfe nicht, ein direkter Dialog zwischen Jugendlichen und Abgeordneten über wichtige Fragen jugendlichen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern sei notwendig. Genau darum gehe es dem Landesjugendring und dem Landtag mit dem gemeinsamen Projekt: Was brauchen junge Menschen, um hier gut leben und dann auch in unserem Land bleiben zu können? „Und wer wüsste es besser als die jungen Menschen selber?“, betont die Cheforganisatorin.

Damit ein Austausch von Ideen und Gedanken auf Augenhöhe gelingt und für beide Seiten als erfolgreich wahrgenommen wird, sind die Jugendlichen von Anfang an in die JiL-Planung einbezogen. Bei mehreren Vorbereitungstreffen hat das Organisationsteam das Gesamtkonzept erarbeitet, das Motto kreiert und die Vorbereitungsaufgaben verteilt. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit sollen folgende Themen stehen:

- Jugend macht Schule – eine Denkfabrik für ein modernes Bildungsverständnis
- Blöd nach der Schule?? Jugend im Landtag hakt nach
- Teller statt Tonne – Lebensmittelwirtschaft in MV
- Walk of childhood – Kindheit in M-V
- Ziviler Ungehorsam. Streitkultur als unverzichtbares Demokratieelement
- Hierbleiben in M-V. Motive für Weggehen, Wiederkommen, Bleiben

„Jugend im Landtag verstehen wir durchaus nicht nur als Bildungsveranstaltung, in der Jugendliche lernen, die Idee des Parlamentarismus wertzuschätzen“, betont Landtagspräsidentin und Schirmherrin Sylvia Bretschneider. „Jugend im Landtag ist echter politischer Dialog im Sinne der Partizipation junger Menschen an demokratischen Entscheidungen und somit ehrenamtliche Lobbyarbeit in eigener Sache.“ Auch deshalb sei bewusst eine Sitzungswoche der Landtagsausschüsse ausgewählt worden. So könnten die

Teilnehmer das Parlament bei der Arbeit erleben, und es seien vielfältige Begegnungen zwischen Jugendlichen und Abgeordneten möglich.

Weitere Informationen und Anmeldung

Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Yvonne Griep
Landeskoordinatorin der Beteiligungswerkstatt
0385 76076-14
y.griep@inmv.de
www.jugend-im-landtag.de

Alles egal – oder hast du die Wahl?

Zweiter Jugendprojekttag im Landtag

90 Schülerinnen und Schüler aus sechs Schulen Mecklenburg-Vorpommerns nahmen am 11. September 2012 am 2. Jugend-Projekttag des Landtages teil.

Rund um das Thema „Verantwortung für das eigenen Handeln“ diskutierten die Schülerinnen und Schüler mit Experten und Abgeordneten u.a. über Mobbing in Schule und Internet, Rechtsextremismus, Chancen und Risiken sozialer Netzwerke und über die Sicht der Jugend auf Politik und Politiker. Ehrengast des Projekttagess war die Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan, die extra aus Israel angereist war und in der Gesprächsrunde „Schweinehund oder Märtyrer. Wie kann man Mensch bleiben in einer unmenschlichen Zeit“ den Schülern Rede und Antwort stand.

Zum Ersten Mal fand ein solcher Projekttag am 8. Mai 2012 statt. Da damals aus Kapazitätsgründen viele Bewerber vertröstet werden mussten, gab es diese Zweitaufgabe im September.



Foto: Landtag M-V

Warm up zum Auftakt des Projekttagess im Plenarsaal

Zeitenwandel

Das Schloss nach der Abdankung des Großherzogs Von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie – zwischen diesen beiden Eckpfeilern liegen viele Facetten der wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schweriner Schlosses im 20. Jahrhundert noch weitgehend im Dunkeln. Der Journalist Andreas Frost wird für die Landtagsnachrichten in den Archiven stöbern, Fachleute ausfragen und an dieser Stelle in lockerer Folge über seine „Entdeckungen“ berichten.

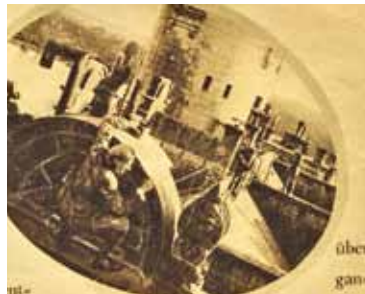
Folge 4: Die Offak und Graf Zeppelin

Die Geschichte war haarsträubend, aber die Handlung rasant. Mit einem Doppeldecker hatte sich Detektiv Harry Wills aufgemacht, um dem irren Professor Higgins den berühmten Diamanten zu entreißen. Als Hauptquartier diente dem Bösewichts und seiner Bande ausgerechnet das Schweriner Schloss. Wills ließ sich auf dem steilen Dach neben dem großen Hauptturm absetzen und kam der legendären Schatzkammer des Bösewichts damit wieder ein Stück näher.

Nur gut ein Jahr zuvor war der letzte Großherzog von Mecklenburg-Schwerin Friedrich Franz IV. aus seiner angestammten Residenz ausgezogen, da hatten seine republikanischen Nachfolger nicht nur die Räume des Schlosses mit Beamten gefüllt. Sie genehmigten bar jeden Respekts vor dem altherwürdigen Gebäude im Sommer 1920 auch Dreharbeiten auf dem Dach. „Die Schatzkammer im See“ mit dem Stummfilmstar Carl de Vogt als Detektiv Harry Wills in der Hauptrolle war einer von fünf Filmen, die die Obotritfilmfabrik (Offak) in der kurzen Zeit ihrer Existenz auf Zelluloid bannte. Es war das erste staatliche Filmunternehmen auf deutschem Boden. Das Offak-Atelier wurde in der großen Halle des Marstalls untergebracht, wo heutzutage das Kultus- und das Sozialministerium residieren. Die linke Landesregierung von Mecklenburg-Schwerin wollte mit der Offak Geld verdienen – woran sie jedoch sehr bald kläglich scheiterte.

Um die Kosten des ehrgeizigen Projekts zu mildern, hatte das Kultusministerium angewiesen, der Offak Landesliegenschaften kostenlos zur Verfügung zu stellen, berichtet Heiko Kreft, der die Geschichte des Filmunternehmens aufgearbeitet hat. So wurde zum Beispiel „Das Geheimnis der Spielhölle von Sebastopol“ zum Teil in der Orangerie des Schlosses gedreht. Zudem hantierten die Filmleute mit derart viel Nebelkerzen und Feuerwerk, dass die Schweriner befürchteten, der verheerende Brand von 1913, der zwei Flügel des Schlosses nahezu vernichtete, würde sich wiederholen. Der Kreuzkanal im Schlossgarten musste in einem anderen Film als Ufer der Wolga erhalten – worüber sich die Schlossgartenverwaltung natürlich beschwerte. Der Film „Die Schatzkammer im See“ ist verschollen. Übrig geblieben sind lediglich einige Fotos von den Dreharbeiten, wie jenes aus einem alten Programmheft.

Neun Jahre nach den Filmaufnahmen der Offak sah auch der Direktor des Schlossmuseums Walter Josephi Anlass zu Beschwerden, denn in Scharen hatten die Schweriner gegen alle Vorschriften das Schlossdach gestürmt, um das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu sehen. Den ganzen 17. September 1929 über sammelten sich Schaulustige auch am Pfaffenteich und dann auf dem Alten Garten. Sie drängelten sich auf den Balkonen, auf dem Umgang des Doms oder



Der Film „Die Schatzkammer im See“ ist verschollen. Übrig geblieben sind lediglich einige Fotos von den Dreharbeiten, wie dieses aus einem alten Programmheft.

den Dächern der Wohnhäuser. Die Zeitungen schwärmten, nachdem der Zeppelin über Sibirien, Japan und die USA geflogen sei, käme es endlich auch nach Mecklenburg. Als die Dämmerung längst eingesetzt hatte, läuteten gegen 20 Uhr die Glocken des Doms. In die darauffolgende erwartungsvolle Stille hinein surrten die Motoren des sich von Westen nähernden Luftschiffs. Dann wurde es von Jubel und Hurra-Rufen begrüßt. Doch auch den Menschen auf dem Schlossdach waren nur wenige Minuten mit dem „Graf Zeppelin“ vergönnt. Dann drehte er ab und verschwand im Nachthimmel.

Josephis Stellvertreter, der Museumsrat Heinrich Reifferscheid, der sich selbst einen der besten Aussichtsplätze im Hauptturm des Schlosses gesichert hatte, war allerdings entsetzt über die anderen Neugierigen. „Schaulustige Erwachsene in Menge und ganze Scharen von Kindern ... kamen teils über die Uhrturmterrasse, vorwiegend aber über den unausgebauten Teil des Schlosses auf die Schlossdächer gestürzt. Das Schlossportal war selbst nach Eintreten der Dunkelheit noch geöffnet, der Schlossportier schien nicht nur ohne jegliche Instruktionen geblieben zu sein, sondern machte, soweit ich das von der Höhe aus verfolgen konnte, ganz im Gegenteil noch den Eindruck, als ob er Schaulustige überhaupt erst auf die richtigen Wege nach oben gewiesen habe. ... So war auf den Schlossdächern, den flachen wie den steilen, im Uhrturm, im Niklotturm, den unausgebauten Teilen vor und nach Eintreten der Dunkelheit ein Getriebe, wie es m. E. nicht zu verantworten ist.“ Einige Herren sollen sogar geraucht haben, empörte sich Reifferscheid. Sein Chef Josephi schrieb bereits am nächsten Morgen ans Kultusministerium: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser nächtliche Besuch auf den Schloßtürmen und Schloßdächern vom Standpunkt der Museumssicherheit zu den aller schwersten Bedenken Anlaß geben muss.“

Erst Jahrzehnte später trauten sich angehende Kindergärtnerinnen, die zu DDR-Zeiten im Schloss ausgebildet wurden, wieder ungezwungen aufs Dach, um ihre Wäsche dort aufzuhängen. Einige junge Damen sollen sich dort oben sogar gesonnt haben.

Andreas Frost

(Adressfeld für Abonnenten)

Fotos: Landtag M-V



Die Mitglieder des Präsidiums des Landtages reisten vom 3. bis 7. September zu politischen Gesprächen nach München, Innsbruck und Bozen. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und die Vizepräsidentinnen Beate Schlupp, Regine Lück und Silke Gajek reagierten damit auf mehrfache Einladungen durch die jeweiligen Parlamente. Sie trafen mit Präsidiumsmitgliedern des

Bayerischen Landtages, des Tiroler Landtages und des Südtiroler Landtages sowie mit Regierungsvertretern der Regionen zusammen. Gegenstand der Gespräche waren u.a. der Tourismus, der Umgang mit dem Rechtsextremismus, der Erfahrungsaustausch zum Baugeschehen am Münchener Landtagssitz sowie die Öffentlichkeitsarbeit von Schlössern. (v.l. Jürgen Bubendey, Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Mailand; Vizepräsidentin Beate Schlupp; Dr. Gerhard Brandstätter, deutscher Honorarkonsul in Norditalien; Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider; Dr. Luis Durnwalder, Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol; Vizepräsidentinnen Regine Lück und Silke Gajek; Maria Steinhagen (Landtagsverwaltung).



Ende August wurde der Grund des Schweriner Burgsees zwischen Schlossinsel und Innenstadt von einem Ponton aus untersucht. Dies war wichtig für die Bauarbeiten zur geplanten Fernwärmeversorgung des Schlosses. Die Landtagsverwaltung hat die Stadtwerke Schwerin mit dem Fernwärmeanschluss des Schweriner Schlosses beauftragt. Die Bauarbeiten sollen im Herbst 2012 beginnen. Im vierten Quartal 2013 soll die Wärmeversorgung des Landtagssitzes von Gas auf Fernwärme umgestellt werden.

„Demokratie“ heißt das Lösungswort des Sommerrätsels im Heft 5 der LandtagsNachrichten. 273 Leserinnen und Leser haben das nicht nur richtig herausgefunden, sondern ihre Antwort auch abgeschickt – sicher auch in der Hoffnung, als Hauptgewinner künftig dieses Elektrofahrrad Ihr Eigen nennen zu können! Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich auch die Zeit genommen, Fragen zum Heft zu beantworten und Anregungen zur weiteren inhaltlichen Verbesserung zu geben. Vielen Dank! Schöner Nebeneffekt: Über 100 Leser haben sich bei der Gelegenheit das Handbuch des Landtages schicken lassen, und 41 wollen sich auch künftig über die Landespolitik auf dem Laufenden halten und haben die LandtagsNachrichten abonniert. Jetzt hat Fortuna das Sagen – die Gewinner werden in den nächsten Tagen schriftlich benachrichtigt.

